Inhaltsverzeichnis

1. Kapitel. Einleitung

§ 1 Regelungszweck und Rechtsquellen . . . 1

A. Ziele und Mittel des Kartellrechts . . . 1

B. Rechtsquellen des EG-Kartellrechts . . . 4
- I. Die Wettbewerbsregeln des EG-Vertrages . . . 4
  - 1. Die primärrechtlichen Verbote (Art. 81 ff. EG) . . . 4
  - 2. Die EG-Fusionskontrollverordnung des Rates . . . 5
  - 3. Die Durchführungs-Verordnungen des Rates zu Art. 81, 82 EG . . . 6
  - 4. Das Mandat des Anhörungsbeauftragten . . . 11
  - 5. Die Gruppenfreistellungsverordnungen . . . 11
  - 6. Bekanntmachungen und Mitteilungen der EG-Kommission . . . 13
- II. Die Wettbewerbsregeln des EGKS-Vertrages . . . 15
- III. Die Entscheidungen der Kommission und der Europäischen Gerichte . . . 16
- IV. Ausblick . . . 17

C. Rechtsquellen des deutschen Kartellrechts . . . 18
- I. Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen . . . 18
- II. Ausführungs-Verordnungen zum GWB . . . 21
- III. Tätigkeitsberichte und Verwaltungsgrundsätze des BKartA . . . 21
- IV. Allgemeine Weisungen des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie . . . 22
- V. Monopolkommission . . . 22
- VI. Entscheidungen der Kartellbehörden und der Gerichte . . . 23
- VII. Vergaberecht . . . 23
- VIII. Ausblick . . . 23

§ 2 Grundzüge des EG-Kartellrechts . . . 24

A. Die wesentlichen materiellrechtlichen Regelungen . . . 25
- I. Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen (Art. 81 EG) . . . 25
- II. Missbrauch marktbeherrschender Stellungen (Art. 82 EG) . . . 31
- III. Wettbewerbsbeschränkungen durch Mitgliedstaaten und Ausnahmeregelung (Art. 86, Art. 10 EG) . . . 33
  - 1. Wettbewerbsbeschränkungen durch Mitgliedstaaten (Art. 86 Abs. 1, Art. 10 iVm. Art. 81, 82 EG) . . . 33
  - 2. Die Ausnahmeregelung des Art. 86 Abs. 2 EG . . . 35
- IV. Die EG-Fusionskontrolle . . . 36
- V. Rechtsstaatsgrundsätze und EG-Grundrechte . . . 37

B. Die Auslegung der Wettbewerbsregeln des EG-Vertrages . . . 39
- I. Allgemeine Auslegungsprinzipien des Gemeinschaftsrechts . . . 39
- II. Besonderheiten bei der Auslegung der Wettbewerbsregeln . . . 40

C. Die Durchsetzung des EG-Kartellrechts . . . 41
- I. Verwaltungs- und Bußgeldverfahren der Kommission . . . 41
- II. Die Europäischen Gerichte (EuGH und EuG) . . . 42
- III. Die Befugnisse der nationalen Kartellbehörden . . . 43
- IV. Zivilrechtliche Streitigkeiten zwischen Unternehmen vor den nationalen Gerichten . . . 44

D. Die Bedeutung der Wettbewerbsregeln des EG-Rechts und seiner Sanktionen für die Unternehmenspraxis . . . 45
- I. Die Sanktionen . . . 45
  - 1. Zivilrecht . . . 45
  - 2. Bußgelder . . . 46
  - 3. Verwaltungsrechtliche Verfügungen . . . 47
- II. Kooperationen und Zusammenschlüsse . . . 47

Originaldokument Verlag C.H.Beck/Vahlen

Inhaltsverzeichnis

§ 3 Grundzüge des deutschen Kartellrechts . . . 49

A. Die wesentlichen materiellrechtlichen Regelungen (§§ 1–43 GWB) . . . 49
I. Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen . . . 49
II. Mißbrauch marktbeherrschender Stellungen, Diskriminierungsverbot . . . 56
III. Die Zusammenschlußkontrolle . . . 57
IV. Weitere materiellrechtliche Regelungen . . . 58

B. Die Auslegung des GWB . . . 58
I. Auslegungsgrundsätze . . . 58
II. Gesetzesumgehung und wirtschaftliche Betrachtungsweise . . . 60

C. Die Durchsetzung des deutschen Kartellrechts . . . 61
I. Verwaltungs- und Bußgeldverfahren der Kartellbehörden . . . 61
II. Zivilrechtliche Streitigkeiten zwischen Unternehmen . . . 62

D. Die Bedeutung des GWB und seiner Sanktionen für die Unternehmenspraxis . . . 63
I. Die Sanktionen . . . 63
II. Unternehmenskooperationen und Zusammenschlüsse . . . 64
III. Der Einfluß des EG-Kartellrechts auf das GWB . . . 65
1. Fusionskontrolle . . . 65
2. Ausnahmetatbestände und Verfolgung von Kartellen . . . 65

§ 4 Persönlicher, sachlicher und räumlicher Geltungsbereich . . . 67

A. EG-Kartellrecht . . . 67
I. Persönlicher Geltungsbereich . . . 67
II. Sachlicher Geltungsbereich . . . 70
III. Geographischer Geltungsbereich . . . 71

B. Deutsches Kartellrecht (GWB) . . . 72
I. Persönlicher Geltungsbereich . . . 72
II. Sachlicher Geltungsbereich . . . 73
III. Geographischer Geltungsbereich . . . 73

§ 5 Internationales Kartellrecht . . . 73

A. Problemstellung . . . 74

B. Völkerrechtliche Schranken für die extraterritoriale Anwendung . . . 76
I. Vorrang des Völkerrechts vor EG-Recht und deutschem Kartellrecht . . . 76
II. Die einschlägigen völkerrechtlichen Grundsätze . . . 76
1. Grundsätze für eine sinnvolle Anknüpfung . . . 76
2. Einschränkungen . . . 77

C. Die extraterritoriale Anwendung der EG-Wettbewerbsregeln . . . 79
I. Die Praxis der Kommission und des EuGH . . . 79
1. Die Anwendung der Wettbewerbsregeln auf Unternehmen in Drittstaaten . . . 79
2. Die Nichtanwendung der Wettbewerbsregeln bei fehlenden Auswirkungen in der Gemeinschaft . . . 81
II. Einzelfragen . . . 82
1. Die Verbotstatbestände der Art. 81, 82 EG . . . 82
2. Drittstaaten-Zusammenschlüsse und EG-Fusionskontrollverordnung . . . 82
3. Verfahrensrechtliche Maßnahmen (Ermittlungsmaßnahmen sowie Zustellung und Vollstreckung von Entscheidungen) . . . 85
4. Kartellzivilprozesse mit Drittstaaten-Unternehmen . . . 87

D. Die extraterritoriale Anwendung des deutschen Kartellrechts . . . 88
I. Die gesetzliche Verankerung des Auswirkungsprinzips in § 130 Abs. 2 GWB . . . 88
II. Praxis der Kartellbehörden und Gerichte zu § 130 Abs. 2 GWB . . . 89
III. Einzelfragen . . . 90
1. Kartelle . . . 90
2. Vertikalvereinbarungen . . . 92
3. Mißbrauch marktbeherrschender Stellungen und Fusionskontrolle . . . 93
4. Verwaltungs- und Bußgeldverfahren (Ermittlungsmaßnahmen; Zustellungen und Vollstreckung von Entscheidungen im Ausland) . . . 101
5. Internationaler Kartellzivilprozeß . . . 106

Originaldokument Verlage C.H.Beck/Vahlen

E. Die Extraterritoriale Anwendung des US-amerikanischen Kartellrechts auf weltweite Kartelle (insb. Zivilprozesse vor US-Gerichten) . . . 111
I. Bedeutung . . . 111
II. Extraterritoriale Anwendung des US-Kartellrechts . . . 111
III. (Internationale) Zuständigkeit der US-Gerichte . . . 111

§ 6 Das Verhältnis der EG-Wettbewerbsregeln zu anderen Rechtsordnungen . . . 113

A. Das Verhältnis zum Kartellrecht der Mitgliedstaaten . . . 114
I. Problemstellung . . . 114
II. Parallele Anwendung, aber Vorrang des Gemeinschaftsrechts . . . 115
III. EG-Fusionskontrolle . . . 118
IV. Einzelfragen . . . 118
1. Gruppenfreistellungsverordnungen (GVOs) . . . 118
2. Entscheidungen der Kommission nach Art. 7, 8 und 10 VO Nr. 1/2003 . . . 119
3. Verpflichtungszusagen (Art. 9 VO Nr. 1/2003) . . . 120
4. Beratungsschreiben . . . 121
5. Entscheidungen der nationalen Wettbewerbsbehörden zum EG-Kartellrecht (Art. 5 VO Nr. 1/2003) . . . 121
6. Parallele Verfahren der Kommission und nationaler Wettbewerbsbehörden . . . 122

B. Das Verhältnis zum Kartellrecht dritter Staaten . . . 123
I. Parallele Anwendung . . . 123
II. Wettbewerbsregeln der Assoziierungs-, Freihandels- und Europa-Abkommen . . . 125
III. Einzelfragen . . . 126
1. Festsetzung von Bußgeldern durch die Kommission und Behörden in Drittstaaten . . . 126
2. Die Kooperationsabkommen zwischen der Kommission und der Regierung der USA . . . 127
3. Das Kooperationsabkommen zwischen der EU und der Regierung von Kanada . . . 129
4. Das Kooperationsabkommen zwischen der EU und der Regierung von Japan . . . 130

C. EGKS-Kartellrecht . . . 130

2. Kapitel. Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen zwischen Konkurrenten (horizontale Vereinbarungen)

§ 7 Rechtsgrundlagen . . . 131

A. Art. 81 EG . . . 133
I. Adressaten des Verbots gemäß Art. 81 Abs. 1 EG . . . 133
1. Unternehmen . . . 133
2. Unternehmensvereinigungen . . . 139
II. Mittel der Wettbewerbsbeschränkung . . . 140
1. Vereinbarungen . . . 140
2. Beschlüsse . . . 142
3. Abgestimmte Verhaltensweisen . . . 143
III. Wettbewerb . . . 145
1. Begriff . . . 145
2. Potentieller Wettbewerb . . . 146
3. Konzerninterner Wettbewerb . . . 146
4. Ungeschützter Wettbewerb . . . 147
IV. Wettbewerbsbeschränkung . . . 148
1. Beschränkung der Handlungsfreiheit . . . 148
2. Beispielskatalog . . . 149
3. Bezwecken oder Bewirken . . . 153
V. Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels . . . 156
1. Überblick . . . 156
2. Kriterien . . . 159
3. Leitlinien der Kommission . . . 162
VI. Spürbarkeit . . . 162
1. Überblick . . . 162
2. Spürbarkeit der Wettbewerbsbeschränkung . . . 164
3. Spürbarkeit der Handelsbeeinträchtigung . . . 167

Originaldokument Verlage C.H.Beck/Vahlen

VII. Leitlinien über horizontale Zusammenarbeit . . . 171
VIII. Rechtsfolgen . . . 172
IX. Einschränkungen des Kartellverbots . . . 174
X. Legalisierungsmöglichkeiten gemäß Art. 81 Abs. 3 EG . . . 175
1. Die Systemumstellung durch die VO 1/2003 . . . 175
2. Gruppenfreistellungsverordnungen . . . 177
3. Die Legalausnahme nach Art. 81 Abs. 3 EG . . . 178

B. §§ 1 ff. GWB – Horizontale Vereinbarungen im deutschen Recht . . . 186
I. Horizontale Vereinbarungen im deutschen Recht . . . 186
1. Überblick über die Regelung des Verbots wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen im deutschen Kartellrecht . . . 186
2. Inhalt und Entstehungsgeschichte der 7. GWB-Novelle zu den §§ 1 ff. GWB . . . 187
3. Fortgeltung der bisherigen Rechtspraxis zu den §§ 1 ff. GWB . . . 188
II. Die Bestimmungen des deutschen Verbots wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen . . . 189
1. Verbotstatbestand und Freistellung . . . 189
2. Bagatellfälle . . . 190
3. Mittelstandskartelle . . . 191
4. Legalisierungsverfahren . . . 196
5. Übergangsregelungen . . . 197

§ 8 Einzelfragen . . . 197

A. Konzerninterne Wettbewerbsbeschränkungen . . . 199
I. Konzerninterne Wettbewerbsbeschränkungen im europäischen Recht . . . 199
1. Eingeschränkte Anwendung des Kartellverbots . . . 199
2. Die wirtschaftliche Einheit . . . 201
II. Konzerninterne Wettbewerbsbeschränkungen im deutschen Recht . . . 204
1. Eingeschränkte Anwendung des Kartellverbots . . . 204
2. Die Abhängigkeit . . . 205

B. Kooperative Gemeinschaftsunternehmen . . . 205
I. Kooperative Gemeinschaftsunternehmen im europäischen Recht . . . 206
1. Kooperative Gemeinschaftsunternehmen . . . 206
2. Die Anwendung von Art. 81 EG . . . 210
3. Verfahren . . . 224
II. Kooperative Gemeinschaftsunternehmen im deutschen Recht . . . 226
1. Die Anwendung von § 1 GWB auf kooperative Gemeinschaftsunternehmen . . . 226
2. Verfahren . . . 227

C. Gemeinsamer Einkauf . . . 227
I. Gemeinsamer Einkauf im europäischen Recht . . . 228
1. Wettbewerbsbeschränkung . . . 228
2. Spürbarkeit . . . 230
3. Freistellung . . . 230
II. Gemeinsamer Einkauf im deutschen Recht . . . 232
1. § 1 GWB . . . 232
2. Freistellung . . . 235

D. Gemeinsame Forschung und Entwicklung . . . 238
I. Gemeinsame Forschung und Entwicklung im europäischen Recht . . . 238
1. Wettbewerbsbeschränkung . . . 238
2. Spürbarkeit, Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels . . . 241
3. Freistellung . . . 241
4. Nebenabreden . . . 246
II. Gemeinsame Forschung und Entwicklung im deutschen Recht . . . 246

E. Gemeinsame Produktion . . . 247
I. Gemeinsame Produktion im europäischen Recht . . . 248
1. Wettbewerbsbeschränkung . . . 248
2. Spürbarkeit . . . 250
3. Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels . . . 250
4. Freistellung . . . 250
II. Gemeinsame Produktion nach deutschem Recht . . . 253
1. Kartellverbot und Freistellung nach §§ 1, 2 GWB . . . 253
2. Freistellung für Mittelstandskartelle nach § 3 GWB . . . 253

Originaldokument Verlage C.H.Beck/Vahlen

F. Gemeinsamer Vertrieb . . . 254
I. Gemeinsame Vermarktung im europäischen Recht . . . 255
1. Wettbewerbsbeschränkung . . . 255
2. Spürbarkeit . . . 256
3. Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels . . . 256
2. Freistellung . . . 256
II. Gemeinsamer Vertrieb im deutschen Recht . . . 257
1. Kartellverbot und Freistellung nach §§ 1, 2 GWB . . . 257
2. Freistellung für Mittelstandskartelle nach § 3 GWB . . . 257

G. Normen- und Typenkartelle . . . 258
I. Normen- und Typenkartelle im europäischen Recht . . . 258
1. Grundsätze . . . 258
2. Praxis . . . 258
II. Normen- und Typenkartelle im deutschen Recht . . . 259
1. Freistellungsvoraussetzungen . . . 259
2. Praxis . . . 260

H. Konditionenkartelle . . . 261
I. Konditionenkartelle im europäischen Recht . . . 261
II. Konditionenkartelle im deutschen Recht . . . 261
1. Freistellungsvoraussetzungen . . . 261
2. Praxis . . . 262

J. Strukturkrisenkartelle . . . 264
I. Strukturkrisenkartelle im europäischen Recht . . . 264
1. Grundsätze . . . 264
2. Praxis . . . 265
II. Strukturkrisenkartelle im deutschen Recht . . . 266
1. Grundsätze . . . 266
2. Praxis . . . 266

K. Wettbewerbsregeln . . . 267
I. Wettbewerbsregeln im europäischen Recht . . . 267
1. Grundsätze . . . 267
2. Praxis . . . 268
II. Wettbewerbsregeln im deutschen Recht . . . 269
1. Anerkennungsvoraussetzungen . . . 269
2. Praxis . . . 271

L. Kooperation in der Werbung . . . 272
I. Kooperation in der Werbung im europäischen Recht . . . 272
II. Kooperation in der Werbung im deutschen Recht . . . 274

M. Arbeitsgemeinschaften . . . 275
I. Arbeitsgemeinschaften im europäischen Recht . . . 275
1. Grundsätze . . . 275
2. Praxis . . . 275
II. Arbeitsgemeinschaften im deutschen Recht . . . 276

N. Elektronische Marktplätze . . . 278
I. Elektronische Marktplätze im europäischen Recht . . . 278
II. Elektronische Marktplätze im deutschen Recht . . . 280

O. Marktinformationsverfahren . . . 281
I. Marktinformationsverfahren im europäischen Recht . . . 281
1. Grundsätze . . . 281
2. Praxis . . . 283
II. Marktinformationsverfahren im deutschen Recht . . . 285
1. Grundsätze . . . 285
2. Praxis . . . 285

P. Submissionsabsprachen . . . 286
I. Submissionsabsprachen im europäischen Recht . . . 286
II. Submissionsabsprachen im deutschen Recht . . . 287

Q. Umweltschutzvereinbarungen . . . 288
I. Umweltschutzvereinbarungen im europäischen Recht . . . 288

Originaldokument Verlage C.H.Beck/Vahlen

1. Grundsätze . . . 288
2. Praxis . . . 290
II. Umweltschutzvereinbarungen im deutschen Recht . . . 291

3. Kapitel. Wettbewerbsbeschränkungen in Vertriebsverträgen und andere vertikale Wettbewerbsbeschränkungen

§ 9 Einleitung und Rechtsgrundlagen . . . 293

A. Begriff der Vertikalvereinbarung; interbrand- und intrabrand-Wettbewerb . . . 293

B. Das Spannungsverhältnis von Freiheit der Vertriebsgestaltung und freiem Wettbewerb – die Interessenlagen von Herstellern, Absatzmittlern und Endabnehmern . . . 294
I. Hersteller . . . 294
II. Händler . . . 295
III. Verbraucher . . . 296
IV. Konsequenzen . . . 296

C. Die Entwicklung der Beurteilung von Vertikalvereinbarungen im europäischen und deutschen Kartellrecht . . . 297
I. Das Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen im EG-Kartellrecht (Art. 81 EG) . . . 297
1. Vom generellen Verbot mit Erlaubnisvorbehalt zur Legalausnahme . . . 297
2. Vertikalvereinbarungen als Gefährdung der integrationspolitischen Zielsetzung der EU . . . 298
3. Handelsbeeinträchtigung, Spürbarkeit, Bündeltheorie . . . 298
4. Der „neue Ansatz" in der Vertikal-GVO vom 22. 12. 1999 . . . 301
II. Entwicklung im deutschen Recht (GWB) . . . 303
III. Die Bedeutung des Verbots mißbräuchlicher Verhaltensweisen für marktbeherrschende Unternehmen (Art. 82 EG sowie §§ 19, 20 Abs. 1, 2 GWB) für die Beurteilung vertikaler Wettbewerbsbeschränkungen . . . 303

§ 10 Die Beurteilung der verschiedenen Arten von Vertriebsverträgen unter besonderer Berücksichtigung der Vertikal-GVO Nr. 2790/1999 und der dazu erlassenen Leitlinien . . . 304

A. Vereinbarungen mit Tochtergesellschaften . . . 307

B. Vereinbarungen mit Handelsvertretern, Kommissionären und Kommissionsagenten . . . 308
I. EG-Kartellrecht . . . 308
1. Echte Handelsvertreterverträge . . . 308
2. Die Abgrenzung „echter" und „unechter" Handelsvertreterverträge . . . 311
3. Mehrfirmenvertreter . . . 314
4. Verbot der Provisionsweitergabe . . . 316
5. Auch als Eigenhändler oder Dienstleister tätige Handelsvertreter . . . 317
6. Kommissionäre, Kommissionsagenten . . . 318
II. Deutsches Kartellrecht . . . 318

C. Vereinbarungen mit Eigenhändlern . . . 320
I. Der einheitliche Ansatz in der Vertikal-GVO Nr. 2790/1999 . . . 320
1. Vertriebskonzepte der Hersteller . . . 320
2. Einheitlicher Beurteilungsrahmen durch die Vertikal-GVO Nr. 2790/99 . . . 321
II. Die Vertikal-GVO Nr. 2790/1999 . . . 322
1. Anwendungsvoraussetzungen nach Art. 2 und 3 GVO . . . 322
2. Verbotene Kernbeschränkungen nach Art. 4 GVO . . . 342
3. Nicht freigestellte Verpflichtungen (Negativliste des Art. 5 GVO) . . . 360
4. Entziehung der Freistellung (Art. 6, 7 GVO) und Erklärung der Nichtanwendbarkeit (Art. 8 GVO) . . . 363
III. Vereinbarungen mit Eigenhändlern außerhalb der Vertikal-GVO . . . 365
1. Allgemeine Bewertungsgrundlagen nach den Leitlinien der Kommission . . . 366
2. Alleinbezugsverträge („Markenzwang") und sonstige Bezugsbindungen . . . 367
3. Alleinvertrieb und Alleinbelieferung . . . 376
4. Selektiver Vertrieb . . . 377
5. Deutsches Kartellrecht . . . 399
6. Zulässigkeit von Franchiseverträgen die nicht unter die GVO fallen . . . 402

Originaldokument Verlage C.H.Beck/Vahlen

IV. Kfz-Vertrieb . . . 403
1. Besonderheiten des Kfz-Vertriebs . . . 403
2. Der Inhalt der GVO Nr. 1400/2002 für Kfz-Vertriebs- und Kundendienstvereinbarungen . . . 404
3. Beurteilung im deutschen Kartellrecht . . . 429

§ 11 Einflußnahme auf Preise und Geschäftsbedingungen . . . 429

A. Grundsatz . . . 430

B. Preise . . . 430
I. Preisbindungsverbot . . . 430
1. Europäisches Kartellrecht . . . 430
2. Deutsches Recht . . . 432
3. Ausnahme für Zeitungen und Zeitschriften . . . 432
II. Preisempfehlung . . . 436
1. EG-Kartellrecht . . . 436
2. Deutsches Recht . . . 436

C. Geschäftsbedingungen . . . 437

§ 12 Kopplungsbindungen . . . 438

A. Begriff . . . 438

B. EG-Kartellrecht . . . 439

C. Deutsches Kartellrecht . . . 441

4. Kapitel. Lizenzverträge

§ 13 EG- und deutsches Kartellrecht . . . 443

A. Gewerblicher Rechtsschutz und Kartellrecht . . . 445

B. GVO TT im System des EU-Kartellrechts . . . 447
I. Das Prinzip der Legalausnahme . . . 447
II. Gruppenfreistellung und Safe Harbour . . . 449
III. Die Bedeutung der Leitlinien . . . 451

C. Anwendungsbereich und Inhalt der GVO TT . . . 452
I. Anwendungsbereich . . . 452
1. Technologietransfer-Vereinbarungen . . . 452
2. Sonderfall Softwareverträge . . . 454
3. Nicht erfasste Vertragstypen . . . 455
4. 4-Plus-Test . . . 456
II. Marktanteilsschwellen . . . 456
III. Klauselkataloge . . . 461
1. Vereinbarungen zwischen Wettbewerbern/Nicht-Wettbewerbern . . . 463
2. Wechselseitige/nicht wechselseitige Vereinbarungen . . . 465
IV. Kernbeschränkungen . . . 467
1. Vereinbarungen zwischen Wettbewerbern . . . 467
2. Vereinbarungen zwischen Nicht-Wettbewerbern . . . 481
3. Änderungen im Wettbewerbsverhältnis . . . 487
V. Nicht freigestellte Beschränkungen . . . 487
1. Rücklizenz- und Übertragungspflichten (Art. 5 Abs. 1 lit. a) und b) GVO TT) . . . 488
2. Nichtangriffsverpflichtung (Art. 5 Abs. 1 lit. c) GVO TT) . . . 489
3. Nutzung eigener Technologien des Lizenznehmers (Art. 5 Abs. 2 GVO TT) . . . 491
VI. „Freigestellte" Vereinbarungen . . . 492
VII. Sonstige (Lizenz-)Vereinbarungen . . . 493
1. Kopplungs- und Paketvereinbarungen . . . 493
2. Wettbewerbsverbote . . . 494
3. Technologiepools . . . 496
4. Urheberrechtslizenzen . . . 497
5. Markenlizenzverträge . . . 498
6. Masterlizenzen . . . 499

Originaldokument Verlage C.H.Beck

7. Joint Venture-Verträge . . . 500
8. F & E Vereinbarungen . . . 500
VIII. Entzug der Freistellung . . . 500
IX. Nichtanwendbarkeit der GVO TT . . . 501
X. Übergangsfrist zur Anpassung von Altverträgen . . . 502

D. Deutsches Kartellrecht (GWB) und GVO TT . . . 502

§ 14: Entfallen

5. Kapitel. Fusionskontrolle

1. Abschnitt. Die EG-Fusionskontroll-Verordnung

§ 15 Anwendungsbereich und Zusammenschlußtatbestand . . . 503

A. Der Anwendungsbereich der FKVO (Art. 1, 21, 22) . . . 508
I. Die Zuständigkeitsverteilung zwischen Kommission und Mitgliedstaaten (Art. 21) . . . 510
II. Gemeinschaftsweite Bedeutung und die Umsatzschwellen des Art. 1 Abs. 2 und 3 FKVO . . . 512
1. Der Begriff der gemeinschaftsweiten Bedeutung . . . 512
2. Die Umsatzschwellen des Art. 1 Abs. 2 FKVO . . . 513
3. „Mehrfachanmeldungen" (Art. 1 Abs. 3 FKVO) . . . 514
4. Entscheidung der Kommission bei fehlender gemeinschaftsweiter Bedeutung . . . 516
III. Räumlicher Geltungsbereich und „extraterritoriale Anwendung" . . . 516
IV. Die Berücksichtigung sonstiger berechtigter Interessen der Mitgliedstaaten (Art. 21 Abs. 4 FKVO) . . . 518

B. Zusammenschlußtatbestand und beteiligte Unternehmen . . . 521
I. Überblick . . . 521
II. Die Zusammenschlußtatbestände . . . 522
1. Die Fusion . . . 522
2. Alleinige Kontrolle (sole control) . . . 524
3. Gemeinsame Kontrolle (Gemeinschaftsunternehmen) . . . 534
4. Änderung der Tätigkeit des Gemeinschaftsunternehmens . . . 547
5. Dauerhafte Veränderung der Kontrolle . . . 548
6. Konzerninterne Umstrukturierungen . . . 549
III. Beteiligte Unternehmen . . . 550
1. Begriff und Funktion . . . 550
2. Fusion . . . 550
3. Kontrollerwerb . . . 550
4. Kontrollerwerb durch staatliche Unternehmen . . . 554
IV. Ausnahmen für bestimmte Transaktionen . . . 556
1. Die Bankenklausel (Art. 3 Abs. 5a) . . . 556
2. Die Insolvenzklausel (Art. 3 Abs. 5b) . . . 556
3. Die Luxemburgische Klausel (Art. 3 Abs. 5c) . . . 557
4. Militärische Produkte (Art. 296 Abs. 1 EG) . . . 557
V. Aufgabe von Zusammenschlüssen . . . 558
VI. Änderungen von Zusammenschlüssen nach deren Genehmigung durch die Kommission . . . 558

C. Die Berechnung des Umsatzes (Art. 5 FKVO) . . . 558
I. Gesamtumsatz und gemeinschaftsweiter Umsatz (Abs. 1 FKVO) . . . 559
1. Gesamtumsatz . . . 559
2. Konzerninterner Umsatz . . . 561
3. Gemeinschaftsweiter und nationaler Umsatz . . . 561
II. Berechnung des Umsatzes bei Erwerb von Unternehmensteilen (Abs. 2) . . . 562
III. Umsatz der beteiligten Unternehmen und Konzernumsatz (Abs. 4) . . . 562
IV. Umsatzberechnung bei Gemeinschaftsunternehmen (Abs. 5 FKVO) . . . 564
V. Sonderregeln für bestimmte Sektoren . . . 565
1. Kreditinstitute (Abs. 3 Buchst. a) . . . 565
2. Versicherungen (Abs. 3 Buchst. b) . . . 566
3. Öffentliche Unternehmen . . . 567
4. Weitere Sonderfälle . . . 567

Originaldokument Verlag C.H. Beck/Vahlen

§ 16 Die materielle Beurteilung von Zusammenschlüssen . . . 568

A. Art. 2 FKVO als materielle Grundnorm der europäischen Fusionskontrolle . . . 569
I. Die Vereinbarkeit mit dem Gemeinsamen Markt . . . 569
II. Strukturkontrolle und effektbasierter Ansatz . . . 571
III. Die Prüfungskriterien der Kommission nach den Leitlinien über horizontale Zusammenschlüsse . . . 572
1. Konzentrationsgrad . . . 574
2. Negative Wirkungen . . . 574
3. Nachfragemacht in vorgelagerten Märkten . . . 575
4. Nachfragemacht der Abnehmer . . . 575
5. Marktzutritt . . . 575
6. Effizienzvorteile . . . 576
7. Sanierungsfusion . . . 576

B. Der sachlich relevante Markt . . . 576
I. Konzept der Austauschbarkeit . . . 576
II. Praxis der Kommission . . . 577
1. Grundprinzipien . . . 578
2. Einzelkriterien . . . 578

C. Der räumlich relevante Markt . . . 581
I. Art. 9 Abs. 7 FKVO und Formblatt CO . . . 581
II. Entscheidungspraxis der Kommission . . . 581
1. Grundprinzipien . . . 581
2. Einzelkriterien . . . 582
3. Bewertung der Entscheidungspraxis . . . 585

D. Erhebliche Behinderung wirksamen Wettbewerbs . . . 586
I. Allgemeines . . . 586
II. Einzelkriterien zur Feststellung einer erheblichen Wettbewerbsbehinderung . . . 588
1. Marktanteile, HHI-Index, Marktstellung und Finanzkraft der beteiligten Unternehmen . . . 588
2. Entwicklung von Angebot und Nachfrage und aktueller Wettbewerb . . . 593
3. Marktzutrittschranken und potentieller Wettbewerb . . . 594
4. Wahlmöglichkeiten der Lieferanten und Abnehmer . . . 596
5. Zugang zu Absatz- und Beschaffungsmärkten . . . 597
6. Interessen der Zwischen- und Endverbraucher . . . 598
7. Entwicklung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts/Effizienzvorteile . . . 598
III. Formen der Wettbewerbsbehinderung . . . 601
1. Einzelmarktbeherrschung . . . 601
2. Oligopolistische Marktbeherrschung (Koordinierte Effekte) . . . 606
3. Nicht koordinierte („unilaterale“) Effekte . . . 611
4. Wesentlicher Teil des Gemeinsamen Marktes . . . 617

E. Die ergänzende Prüfung kooperativer Vollfunktionsgemeinschaftsunternehmen nach Art. 2 Abs. 4 FKVO iVm. Art. 81 EG . . . 618
I. Allgemeines . . . 618
II. Kriterien für die Bewertung von GU iSd Art. 2 Abs. 4, 5 FKVO . . . 622
1. Bestimmung der Kandidatenmärkte für eine Koordinierung . . . 622
2. Bezwecken oder Bewirken einer Koordinierung des Verhaltens unabhängig bleibender Unternehmen . . . 625
3. Spürbarkeit der Wettbewerbsbeschränkung/Koordinierung . . . 630
4. Kausalität . . . 630
5. Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten . . . 631
6. Ausräumung von Bedenken durch Zusagen . . . 631
7. Der Freistellungstatbestand des Art. 81 Abs. 3 EG . . . 632

F. Zusagen der beteiligten Unternehmen . . . 634
I. Erfordernis struktureller Zusagen . . . 635
II. Arten von Zusagen in der Entscheidungspraxis der Kommission . . . 637
1. Veräußerungszusagen . . . 637
2. Überlassung von Produktionskapazitäten oder Liefermengen . . . 641
3. Gewährung von Lizenzen und Zugangsrechten . . . 642
4. Sonstige Zusagen . . . 643
III. Besonderheiten bei Zusagen im Verfahren der „ersten Phase“ . . . 644
IV. Zusagen „zu Lasten Dritter“ . . . 646

Originaldokument Verlage C.H.Beck/Vahlen

V. Durchsetzung von Zusagen . . . 647
VI. Streitschlichtungsverfahren bei Zusagen . . . 647

G. Die Frage der Abwägungsklausel . . . 647

H. Nebenabreden . . . 649
I. Zweck und Voraussetzungen der Freistellung . . . 649
1. Rechtliche Einordnung . . . 649
2. Voraussetzungen . . . 651
II. Arten und Beispiele von Nebenabreden . . . 652
1. Wettbewerbsverbote . . . 652
2. Gewährung von Lizenzen . . . 654
3. Liefer-, Bezugs- und Dienstleistungspflichten . . . 654
4. Sonstige Nebenabreden . . . 655
I. Die Sanierungsfusion („failing company defence“) . . . 656

§ 17 Das Verfahren . . . 658

A. Die Anmeldung des Zusammenschlusses (Art. 4 FKVO) . . . 660
I. Anmeldung und informelles Vorverfahren . . . 660
1. Die Pflicht zur Anmeldung von Zusammenschlüssen . . . 660
2. Gegenstand der Anmeldung . . . 660
3. Das informelle Vorverfahren („prenotification“ oder „informal guidance“) . . . 662
II. Die formalen Voraussetzungen der Anmeldung (Art. 4 Abs. 1 und 2 FKVO) . . . 663
1. Zeitpunkt der Anmeldung (Abs. 1) . . . 664
2. Anmeldepflichtige Personen (Abs. 2) . . . 664
3. Form und Inhalt der Anmeldung . . . 665
4. Waiver-Praxis . . . 667
5. Wesentliche Änderungen . . . 667
III. Wirkung der Anmeldung . . . 668
1. Wirksamkeit der Anmeldung . . . 668
2. Die Wirkungen der Anmeldung . . . 668
3. Unvollständige Anmeldung (Art. 5 Abs. 2 DVO) . . . 668
4. Unrichtige Angaben . . . 669
IV. Die Veröffentlichung der Anmeldung (Abs. 3 FKVO) . . . 669
V. Rücknahme einer Anmeldung und Neuanmeldung . . . 669
VI. Erfordernis einer Neuanmeldung bei wesentlichen Änderungen nach Freigabe . . . 670

B. Vollzugsverbot und Ausnahmen (Art. 7 FKVO) . . . 671
I. Vollzugsverbot (Abs. 1) . . . 671
II. Sonderregelung für öffentliche Kauf- oder Tauschangebote (Abs. 2) . . . 672
III. Befreiung vom Vollzugsverbot (Abs. 3) . . . 672
IV. Folgen einer Mißachtung des Vollzugsverbots (Abs. 4) . . . 673
1. Geldbußen und Zwangsgelder . . . 673
2. Entflechtung . . . 674
3. Zivilrechtliche Folgen . . . 674

C. Die Fristen des Fusionskontrollverfahrens . . . 674
I. Die Fristen des Art. 10 FKVO und ihre Berechnung . . . 674
1. Allgemeines . . . 674
2. Fristen des Art. 10 FKVO . . . 675
3. Berechnung der Art. 10 FKVO-Fristen . . . 678
II. Sonstige Fristen . . . 678

D. Verfahren und Entscheidungen im Verfahren der Ersten Phase . . . 679
I. Gang des Verfahrens . . . 679
II. Ermittlungsbefugnisse der Kommission . . . 680
1. Auskunftsverlangen (Art. 11 FKVO) . . . 680
2. „Interviews“ . . . 682
3. Nachprüfungen (Art. 12, 13 FKVO) . . . 682
III. Wahrung von Geschäftsgeheimnissen (Art. 17 FKVO) . . . 683
IV. Entscheidung nach Art. 6 FKVO . . . 684
1. Entscheidung nach Abs. 1 Buchst. a . . . 685
2. Entscheidung nach Abs. 1 Buchst. b . . . 685
3. Die Einleitung des Verfahrens nach Abs. 1 Buchst. c . . . 686
4. Widerruf einer Freigabe in der Ersten Phase . . . 687
5. Mitteilung an die beteiligten Unternehmen und Mitgliedstaaten . . . 687

Originaldokument Verlage C.H. Beck/Vahlen

6. Veröffentlichung . . . 688
7. Rechtsschutz . . . 688

E. Verfahren und Entscheidungen im Hauptverfahren („Zweite Phase") . . . 688
I. Gang des Verfahrens und Statistik . . . 688
1. Gang des Verfahrens . . . 688
2. Statistik . . . 694
II. Rechte der Zusammenschlussbeteiligten im Verfahren . . . 694
1. Begriff des Beteiligten . . . 695
2. Die Rechte im einzelnen . . . 695
III. Rechte Dritter im Verfahren . . . 695
1. Rechte im Hauptverfahren . . . 696
2. Rechte im Verfahren der Ersten Phase . . . 697
3. Rechte im informellen Vorverfahren . . . 697
IV. Entscheidungen nach Art. 8 FKVO . . . 697
1. Freigabe ohne bzw. mit Bedingungen und Auflagen (Abs. 1 und 2) . . . 697
2. Untersagung (Abs. 3) . . . 702
3. Entflechtung (Abs. 4) . . . 702
4. Einstweilige Maßnahmen (Abs. 5) . . . 703
5. Widerruf einer Freigabe (Abs. 6) . . . 703
6. Freistellung von Nebenabreden (Art. 8 Abs. 1 Unterabs. 2 FKVO) . . . 704
V. Veröffentlichung der Entscheidung (Art. 20 FKVO) . . . 705
VI. Rechtsschutz . . . 705

F. Verweisungen eines Falles an und von Mitgliedstaaten (Art. 9 und 22, Art. 4 Abs. 4 und 5 FKVO) . . . 705
I. Verweisung nach Anmeldung eines Zusammenschlusses . . . 705
1. Die „deutsche" Klausel (Verweisung an Mitgliedstaaten gemäß Art. 9 FKVO) . . . 705
2. Die „niederländische Klausel" (Verweisung an die Kommission gemäß Art. 22 FKVO) . . . 712
II. Verweisung vor Anmeldung . . . 718
1. Verweisung an Mitgliedstaaten (Art. 4 Abs. 4 FKVO) . . . 718
2. Verweisung an die Kommission (Art. 4 Abs. 5 FKVO) . . . 720

G. Die Beteiligung der Mitgliedstaaten am Verfahren (Art. 19 FKVO) . . . 722
I. Allgemeines . . . 722
II. Übermittlung der Anmeldung und der wichtigsten Schriftstücke (Abs. 1) . . . 723
III. Die Rechte der Mitgliedstaaten im Verfahren (Abs. 2) . . . 723
IV. Der Beratende Ausschuss (Abs. 3–7) . . . 723
1. Zusammensetzung . . . 724
2. Sitzung und Votum . . . 724
3. Bedeutung des Beratenden Ausschusses . . . 724

H. Sanktionen . . . 725
I. Geldbußen (Art. 14 FKVO) . . . 725
II. Zwangsgelder (Art. 15 FKVO) . . . 728

I. Gerichtlicher Rechtsschutz . . . 729
I. Reichweite und Rechtsgrundlage des gerichtlichen Rechtsschutzes in der EG-Fusionskontrolle . . . 729
II. Die Entscheidungen nach der FKVO und ihre Rechtsmittelfähigkeit . . . 730
1. Entscheidungen nach Art. 6 und 7 FKVO . . . 730
2. Entscheidungen nach Art. 8 FKVO . . . 732
3. Die Genehmigungsfiktion des Art. 10 Abs. 6 FKVO . . . 733
4. Sonstige Entscheidungen . . . 734
III. Rechtsweg und Verfahrensbestimmungen . . . 737
1. Zuständigkeit . . . 737
2. Klagebefugnis . . . 737
3. Klagefrist . . . 739
4. Folgen der Klageerhebung, Entscheidung und Rechtsfolgen . . . 739
IV. Einstweiliger Rechtsschutz . . . 739

Originaldokument Verlage C.H. Beck/Vahlen

2. Abschnitt. Die deutsche Fusionskontrolle (§§ 35 ff. GWB)

§ 18 Einleitung . . . 740

A. Regelungszweck . . . 742

B. Entstehungsgeschichte . . . 743

C. Regelungssystematik im Überblick . . . 744
I. Materielle Fusionskontrolle (§§ 36 Abs. 1, 42 GWB) . . . 744
II. Formelle Fusionskontrolle . . . 745

§ 19 Formelle Fusionskontrolle . . . 746

A. Verhältnis zur Fusionskontrolle des EG-Rechts und spezialgesetzlich geregelten Konzentrationskontrollvorschriften . . . 746
I. Die Fusionskontrolle nach der VO (EG) 139/2004 . . . 746
II. Die Fusionskontrolle des Montanunionsrechts (EGKS-Vertrag) . . . 748
III. Konzentrationskontrolle nach dem Rundfunkstaatsvertrag . . . 749

B. Das Auswirkungsprinzip (§ 130 Abs. 2 GWB) . . . 749

C. Weitere Ausnahmebereiche? . . . 755

D. Unternehmen . . . 756
I. Funktionaler Unternehmensbegriff . . . 756
II. Verbundene Unternehmen (§ 36 Abs. 2 Satz 1 GWB) . . . 758
III. Mehrmütterklausel (§ 36 Abs. 2 Satz 2 GWB) . . . 760

E. Die Umsatzschwellen und Bagatellklauseln (§ 35 GWB) . . . 763
I. Umsatzschwellen als Anwendbarkeitsvoraussetzung . . . 763
II. Die Bagatellklauseln . . . 763
1. Die Anschlußklausel . . . 763
2. Die Bagatellmarktklausel . . . 766
3. Das Verhältnis der Bagatellklauseln zu § 39 Abs. 1 und 6 GWB . . . 769
III. Die Umsatzberechnung . . . 770

F. Die Zusammenschlußtatbestände (§ 37 Abs. 1 GWB) . . . 774
I. Systematik der Zusammenschlußtatbestände . . . 774
II. Der Vermögenserwerb (§ 37 Abs. 1 Nr. 1 GWB) . . . 775
III. Der Kontrollerwerb (§ 37 Abs. 1 Nr. 2 GWB) . . . 779
1. Inhalt . . . 779
2. Mehrheitserwerb als Kontrollerwerb . . . 780
3. Kontrolle durch Rechte oder Verträge . . . 782
4. Kontrollerwerb in sonstiger Weise . . . 784
5. Gemeinsame Kontrolle . . . 785
IV. Der Anteilserwerb (§ 37 Abs. 1 Nr. 3 GWB) . . . 786
V. Wettbewerblich erheblicher Einfluß (§ 37 Abs. 1 Nr. 4 GWB) . . . 790
VI. Verstärkung einer bereits bestehenden Unternehmensverbindung (§ 37 Abs. 2 GWB) . . . 795
VII. Anteilserwerb durch Kreditinstitute, Finanzinstitute oder Versicherungsunternehmen (§ 37 Abs. 3 GWB) . . . 797

§ 20 Materielle Fusionskontrolle . . . 799

A. Begründung oder Verstärkung einer marktbeherrschenden Stellung (§ 36 Abs. 1 GWB) . . . 799
I. Definition des relevanten Marktes . . . 800
1. Vorbemerkung . . . 800
2. Abgrenzung von Anbietermärkten . . . 801
3. Abgrenzung von Nachfragermärkten . . . 811
II. Marktbeherrschende Stellung . . . 812
1. Marktbeherrschungskriterien (§ 19 Abs. 2 GWB) . . . 812
2. Die Vermutungen des § 19 Abs. 3 GWB . . . 822
III. Begründung oder Verstärkung einer marktbeherrschenden Stellung . . . 828
1. Kausalität . . . 828
2. Marktbeherrschung bei einem Zusammenschlußbeteiligten . . . 830
3. Begründung/Verstärkung von Marktbeherrschung . . . 831
4. Differenzierte Beurteilung nach Art der Zusammenschlüsse . . . 833
IV. Prognose . . . 839

Originaldokument Verlag C.H.Beck/Vahlen

B. Nachweis überwiegender Verbesserungen der Wettbewerbsbedingungen . . . 841
I. Allgemeines . . . 841
II. Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen . . . 841
1. Wettbewerbsbedingungen . . . 841
2. Prognosen . . . 842
3. Kausalität . . . 842
4. Betroffene Märkte . . . 843
III. Überwiegen der Verbesserungen . . . 844
IV. Nachweis . . . 844

C. Die Ministererlaubnis (§ 42 GWB) . . . 845

§ 21 Fusionskontrollverfahren . . . 845

A. Anmeldeverfahren . . . 846
I. Präventive Anmeldepflicht . . . 846
1. Zusammenschluß als anmeldepflichtiger Sachverhalt . . . 846
2. Adressaten der Anmeldepflicht . . . 847
II. Anmeldung . . . 847
1. Inhalt der Anmeldung . . . 847
2. Zeitpunkt der Anmeldung . . . 850
3. Sanktionen bei Verstoß gegen die Anmeldepflicht . . . 851
4. Zuständigkeit . . . 851
III. Verfahren nach Anmeldung . . . 852
1. Prüfung und Ermittlung . . . 852
2. Entscheidungsfristen . . . 852
3. Kosten . . . 856
4. Bekanntmachung/Publizität . . . 857
IV. Vollzugsverbot . . . 857
1. Inhalt des Vollzugsverbots . . . 857
2. Sanktionen bei Verstoß gegen das Vollzugsverbot . . . 859
3. Befreiungen vom Vollzugsverbot . . . 859

B. Nachträgliche Vollzugsanzeige . . . 860
I. Inhalt der Anzeigepflicht . . . 860
II. Sanktion bei Verstoß gegen die Anzeigepflicht . . . 861
III. Bekanntmachung . . . 861

C. Untersagungsabwendende Zusagen . . . 862
I. Einleitung . . . 862
II. Die Zusagenpraxis . . . 863
1. Gesetzliche Vorgaben . . . 863
2. Praxis des Bundeskartellamts und Kritik . . . 863
3. Ausblick . . . 865

D. Untersagungsverfahren . . . 866
I. Verfahrensgrundsätze . . . 866
II. Entscheidungsfristen . . . 866
III. Untersagungsverfügung . . . 867
1. Inhalt und Umfang der Untersagungsverfügung . . . 867
2. Rechtsmittel . . . 869
IV. Freigabe des Zusammenschlusses . . . 869
1. Freigabemitteilung im Vorverfahren . . . 869
2. Ablauf der Einmonatsfrist . . . 871
3. Freigabeverfügung im Hauptprüfverfahren . . . 871
4. Ablauf der Viermonatsfrist . . . 871
5. Nebenbestimmungen gemäß § 40 Abs. 3 GWB . . . 875
V. Rücknahme und Widerruf von Untersagungsverfügung und Freigabe . . . 880
VI. Rechte Dritter . . . 880
1. Beiladung – Informelle Mitwirkung . . . 880
2. Rechtsmittel . . . 881

E. Die Ministererlaubnis (§ 42 GWB) . . . 884
I. Einleitung . . . 884
II. Grundzüge des Erlaubnisverfahrens . . . 885
III. Gesamtwirtschaftliche Vorteile des Zusammenschlusses . . . 887

Originaldokument Verlage C.H.Beck München

IV. Überragendes Interesse der Allgemeinheit . . . 887
V. Der Abwägungsprozeß . . . 887

F. Auflösung vollzogener Zusammenschlüsse (§ 41 Abs. 3 und 4 GWB) . . . 888
I. Einleitung . . . 888
II. Auflösungsverfahren . . . 889
III. Art und Weise der Auflösung . . . 892
1. Ziel der Auflösung . . . 892
2. Teilauflösung . . . 893
3. Beseitigung auf andere Weise/Restitution . . . 893
4. Verhältnismäßigkeit . . . 893
5. Freiwillige Auflösung . . . 893
6. Einzelne Auflösungsmaßnahmen . . . 894
III. Durchsetzung der Auflösungsanordnung . . . 894

6. Kapitel. Der Missbrauch marktbeherrschender Stellungen

§ 22 Das Verbot des Missbrauchs marktbeherrschender Stellungen im EG-Kartellrecht (Art. 82 EG) . . . 895

A. Einleitung . . . 896
I. Die Grundlagen . . . 896
II. Der historische Zusammenhang . . . 897
III. Die Struktur des Art. 82 EG . . . 897
IV. Die Durchsetzung des Missbrauchsverbots . . . 898

B. Die Tatbestandsvoraussetzungen des Art. 82 EG . . . 899
I. Allgemeines . . . 899
II. Die Normadressaten – Unternehmen in beherrschender Stellung . . . 900
1. Unternehmen . . . 900
2. Die beherrschende Stellung . . . 901
3. Die gemeinsame beherrschende Stellung . . . 911
III. Das verbotene Verhalten – der Missbrauch einer beherrschenden Stellung . . . 915
1. Grundzüge . . . 915
2. Die Missbrauchstatbestände in der Anwendungspraxis . . . 928
IV. Die Beziehung zwischen beherrschender Stellung und Missbrauch . . . 962
1. Kausalität . . . 962
2. Die Lokalisierung der beherrschenden Stellung und des Missbrauchs . . . 963
V. Die Zwischenstaatlichkeitsklausel . . . 965

C. Die Konkurrenzverhältnisse zwischen Art. 82 EG und den anderen für Unternehmen geltenden Wettbewerbvorschriften des EG-Vertrags . . . 967
I. Art. 81 EG . . . 967
1. Allgemeines . . . 967
2. Art. 81 Abs. 1 EG . . . 967
3. Art. 81 Abs. 3 EG . . . 969
II. Art. 86 Abs. 1 und 2 EG . . . 970

§ 23 Das Verbot des Mißbrauchs marktbeherrschender Stellungen im deutschen Kartellrecht (§ 19 GWB) . . . 970

A. Einleitung . . . 971
I. Normzweck . . . 971
II. Die Novellierungen seit 1998 . . . 973
III. Praktische Bedeutung . . . 975

B. Adressatenstellung (marktbeherrschende Unternehmen) . . . 976
I. Abgrenzung des relevanten Marktes . . . 976
1. Einleitung . . . 976
2. Der sachlich relevante Markt . . . 976
3. Der räumlich relevante Markt . . . 979
4. Der zeitlich relevante Markt . . . 981
5. Besonderheiten des Nachfragemarktes . . . 982

Originaldokument Verlage C.H. Beck/Vahlen

II. Die marktbeherrschende Stellung . . . 983
1. Die Einzelmarktbeherrschung (§ 19 Abs. 2 Satz 1) . . . 983
2. Das marktbeherrschende Oligopol (§ 19 Abs. 2 Satz 2) . . . 988
3. Die Marktbeherrschungsvermutungen (§ 19 Abs. 3) . . . 989

C. Der Mißbrauch . . . 991
I. Die Generalklausel (§ 19 Abs. 1) . . . 991
II. Die Regeltatbestände (§ 19 Abs. 4) . . . 994
1. Der Behinderungsmißbrauch (Nr. 1) . . . 994
2. Der Ausbeutungsmißbrauch (§ 19 Abs. 4 Nr. 2 und 3 und § 29) . . . 1002
3. Verweigerung des Zugangs zu Netzen oder anderen Infrastruktureinrichtungen (§ 19 Abs. 4 Nr. 4) . . . 1014

D. Sanktionen und Verfahren . . . 1027
I. Abstellungsverfügungen der Kartellbehörden (§ 32 GWB) . . . 1027
1. Verwaltungsverfahren . . . 1027
2. Inhalt der Abstellungsverfügung (§ 32) . . . 1027
3. Rechtsmittel . . . 1029
4. Vorteilsabschöpfung (§ 34) . . . 1030
II. Zivilrechtliche Sanktionen . . . 1030
III. Ordnungswidrigkeiten (§ 81 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 2 GWB) . . . 1032

E. Verhältnis zu anderen Vorschriften . . . 1032
I. Die Diskriminierungs- und Behinderungsverbote des § 20 GWB . . . 1032
II. Das Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen (§§ 1 ff. GWB bzw. Art. 81 EG) . . . 1033
III. Die Sonderregelungen im EnWG 2005 . . . 1033
1. Die Aufhebung der §§ 103, 103a GWB a. F. hinsichtlich der Versorgung mit Elektrizität und Gas . . . 1033
2. Sonderregelungen im EnWG 2005 . . . 1033
IV. Die Sonderregelungen des TKG . . . 1034
V. Die Sonderregelungen des PostG . . . 1036
VI. Das Verhältnis zu Art. 82 EG . . . 1037

7. Kapitel. Das Diskriminierungsverbot (§ 20 GWB)

§ 24 Bedeutung der Norm . . . 1039

A. Schutzzweck und Systematik . . . 1039
I. Schutzzweck . . . 1039
II. Systematik . . . 1040

B. Anwendungsbereich . . . 1041
I. Abgrenzung der Tatbestandsalternativen . . . 1041
II. Praxis . . . 1041
III. EG-Recht . . . 1041
1. Verhältnis zu Art. 81 EG . . . 1041
2. Verhältnis zu Art. 82 EG . . . 1042

§ 25 Normadressaten . . . 1042

A. Marktbeherrschende Unternehmen . . . 1043

B. Relativ marktstarke Unternehmen . . . 1043
I. Relative Marktstärke aufgrund Abhängigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen (§ 20 Abs. 2 GWB) . . . 1043
1. Kleine und mittlere Unternehmen . . . 1044
2. Abhängigkeit . . . 1045
II. Relativ überlegene Unternehmen (§ 20 Abs. 4 GWB) . . . 1046
III. Typische Formen der Abhängigkeit . . . 1047
1. Spitzenstellungsabhängigkeit . . . 1047
2. Spitzengruppenabhängigkeit . . . 1049
3. Abhängigkeit aufgrund Unternehmensbeziehung . . . 1050
4. Abhängigkeit aufgrund Mangellage . . . 1052
5. Vermutung der Abhängigkeit gegenüber Nachfragern (§ 20 Abs. 2 Satz 2 GWB) . . . 1053

Originaldokument Verlage C.H.Beck

Inhaltsverzeichnis

C. Preisbinder und legale Kartelle . . . 1056
I. Preisbinder . . . 1056
1. Presseunternehmen . . . 1056
2. Buchverlage und -importeure . . . 1056
3. Preisempfehlung . . . 1056
4. Preisbindungsstufen . . . 1056
II. Legale Kartelle . . . 1057

§ 26 Allgemeiner Marktzugang . . . 1058

A. Gleichartigkeit der Unternehmen . . . 1058
I. Bedeutung . . . 1058
II. Grundfunktion . . . 1059
III. Abgrenzung . . . 1060

B. Übliche Zugänglichkeit des Geschäftsverkehrs . . . 1061
I. Bedeutung . . . 1061
II. Auslegung . . . 1062

§ 27 Behinderungsverbot . . . 1062

A. Behinderung . . . 1063
I. Behinderung auf dem beherrschten Markt . . . 1063
II. Behinderung auf einem Drittmarkt . . . 1064

B. Formen der Behinderung . . . 1064
I. Abgrenzung zur unterschiedlichen Behandlung . . . 1064
II. Ausschließlichkeitsbindungen, Vertriebsbindungen, Verwendungsbindungen, Kopplungsbindungen . . . 1065
1. Formen der Bindungstatbestände . . . 1065
2. Ausschließlichkeitsbindungen . . . 1066
3. Kopplungsbindungen . . . 1067
4. Verhältnis zur Vertikal-GVO und Kfz-GVO . . . 1070
III. Preis- und Konditionengestaltung . . . 1071
1. Angebote unter Einstandspreis (§ 20 Abs. 4 Satz 2 Nr. 1 und 2 GWB) . . . 1071
2. Preisscheren (§ 20 Abs. 4 Satz 2 Nr. 3 GWB) . . . 1075
3. Preisnachlässe und Vorzugsbedingungen . . . 1077

C. Unmittelbarkeit oder Mittelbarkeit . . . 1079

§ 28 Diskriminierungsverbot . . . 1080

A. Ungleichbehandlung . . . 1080
I. Anwendungsbereich . . . 1080
1. Fallgruppen . . . 1080
2. Bedeutung . . . 1080
II. Abgrenzung zur Behinderung . . . 1081
1. Unterschiede . . . 1081
2. Folgen . . . 1081

B. Formen der Ungleichbehandlung . . . 1081
I. Lieferverweigerung, insbesondere in selektiven Vertriebssystemen . . . 1082
1. Begriff . . . 1082
2. Selektionskriterien . . . 1082
3. Angemessenheit . . . 1082
4. Diskriminierungsfreie Anwendung . . . 1083
5. EG-Recht . . . 1085
II. Liefersperre und Beendigung von Geschäftsbeziehungen . . . 1085
1. Freiheit der Vertriebsgestaltung und Vertragsausübung . . . 1085
2. Kündigungsfrist . . . 1086
3. Zweithändler . . . 1087
4. Zweitmarke . . . 1087
III. Nichtzulassung auf Märkten, Messen, Ausstellungen . . . 1088
1. Abgrenzung . . . 1088
2. Gestaltung . . . 1089
3. Repartierung, Rotation, Losverfahren . . . 1090

Originaldokument Verlage C.H.Beck/Vahlen

IV. Anzeigenverweigerung . . . 1090
1. Eignung . . . 1090
2. Abdruckverpflichtung . . . 1090
3. Konkurrenzverhältnis . . . 1090
4. Güterabwägung . . . 1091
V. Verweigerung der Mitgliedschaft und Behinderung durch Vereinigungen . . . 1091
1. Anwendungsbereich . . . 1091
2. Voraussetzungen . . . 1091
VI. Preis- und Konditionendiskriminierung . . . 1092
1. Grundsätze . . . 1092
2. Einzelfälle . . . 1093
VII. Bezugssperre durch Nachfrager . . . 1094
1. Grundsätze . . . 1094
2. Praxis . . . 1095

§ 29 Unbilligkeit und fehlende sachliche Rechtfertigung . . . 1096

A. Bedeutung . . . 1096
I. Grundsätze . . . 1096
II. Außerkartellrechtliche Zielsetzungen . . . 1098

B. Ermittlung der Individualinteressen . . . 1098
I. Interessen des Normadressaten . . . 1098
1. Grundsatz . . . 1098
2. Schutzwürdige Interessen . . . 1100
3. Schutzunwürdige Interessen . . . 1103
II. Interessen des Diskriminierten bzw. Behinderten . . . 1106
1. Grundsätze . . . 1106
2. Einzelfälle . . . 1107

C. Drittinteressen . . . 1108
I. Grundsatz . . . 1108
II. Einzelfälle . . . 1108

D. Öffentliche Interessen . . . 1109
I. Grundsatz . . . 1109
II. Einzelfälle . . . 1109

E. Verbraucherinteressen . . . 1110
I. Grundsatz . . . 1110
II. Einzelfälle . . . 1110

F. Normative Bewertung und Abwägung der Interessen . . . 1111
I. Grundsätze . . . 1111
II. Normative Wertung . . . 1112
III. Verhältnismäßigkeit . . . 1112
IV. Dritt-, Allgemein- und Verbraucherinteressen . . . 1113

G. Sachliche Rechtfertigung von Untereinstandspreis-Angeboten (§ 20 Abs. 4 Satz 3 GWB) . . . 1113

§ 30 Rechtsfolgen . . . 1114

A. Zivilrecht . . . 1114
I. Abgrenzung . . . 1114
II. Nichtigkeit (§ 134 BGB) . . . 1115
III. Unterlassung, Beseitigung, Kontrahierungszwang, Schadenersatz (§ 33) . . . 1115
1. Unterlassung, Beseitigung, Kontrahierungszwang (§ 33 Abs. 1) . . . 1115
2. Schadenersatz (§ 33 Abs. 3) . . . 1117

B. Verwaltungsverfahren . . . 1117
I. Abstellverfügung (§ 32) . . . 1117
II. Verpflichtungsverfügung und Feststellungsverfügung (§ 32) . . . 1118

C. Bußgeldverfahren . . . 1118

§ 31 Konkurrenzen . . . 1119

A. GWB . . . 1119
I. § 1 GWB . . . 1119

Originaldokument Verlage C.H.Beck/Vahlen

II. § 19 GWB, § 30 Abs. 3 GWB . . . 1119
III. § 21 Abs. 1 GWB . . . 1120
IV. § 21 Abs. 2 GWB . . . 1120

B. § 4 Nr. 10 UWG . . . 1120

C. § 6 BuchpreisbindungsG, § 70 GewO, § 20 EnWG 2005, § 3 Erneuerbare EnergienG, § 19 TKG, § 53 RStV, § 24 PatG . . . 1121

D. EG-Vertrag . . . 1121
I. Grundsätze (Art. 81 und 82 EG) . . . 1121
II. Alleinvertriebs- und Alleinbezugsverträge . . . 1122
III. Kontrahierungs- und Belieferungszwang . . . 1122

8. Kapitel. Sonderregelungen für bestimmte Sektoren

§ 32 Landwirtschaftliche Erzeugnisse . . . 1123

A. Vorbemerkung . . . 1123

B. Die Verordnung (EG) Nr. 1184/2006 . . . 1124

C. Die Anwendung der Art. 81 und 82 EG . . . 1126
I. Allgemeines . . . 1126
II. Die Besonderheiten der Anwendung des Art. 81 Abs. 1 EG . . . 1127
1. Das Kommissionsverfahren . . . 1127
2. Die Verfahren vor nationalen Gerichten . . . 1128
3. Die Verfahren der nationalen Behörden . . . 1129

D. Die Nichtanwendung des Art. 81 Abs. 1 EG . . . 1129
I. Allgemeines . . . 1129
II. Wesentlicher Bestandteil einer einzelstaatlichen Marktordnung . . . 1131
III. Verwirklichung der Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik . . . 1131
IV. Das Genossenschaftsprivileg . . . 1133
1. Allgemeines . . . 1133
2. Die Normadressaten . . . 1133
3. Das privilegierte Verhalten . . . 1136
4. Preisbindung . . . 1137
5. Ausschluss des Wettbewerbs . . . 1137
6. Gefährdung der Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik . . . 1138
V. Das Verfahren . . . 1138

E. Das Konkurrenzverhältnis zwischen Art. 81 Abs. 3 EG und Art. 2 Abs. 1 VO Nr. 1184/2006 . . . 1140

F. § 28 GWB . . . 1140

§ 33 Versicherungen und Banken . . . 1141

A. Gruppenfreistellungsverordnung für die Versicherungswirtschaft . . . 1142
I. Die GVO-Versicherung im europäischen Kartellrecht . . . 1142
II. Die GVO Versicherung und das GWB . . . 1143
III. Artikel 81 EG und der Zweck der GVO Versicherung . . . 1145
IV. Die GVO Versicherung . . . 1147
1. Inhalt und Gliederung der GVO Versicherung . . . 1147
2. Freigestellte Vereinbarungen zwischen Unternehmen der Versicherungswirtschaft . . . 1148
3. Die Freistellungstatbestände und ihre Voraussetzungen . . . 1150
4. Entzug der Freistellung . . . 1178

B. Die Kreditwirtschaft im Kartellrecht . . . 1179
I. Allgemeines . . . 1179
II. Branchenspezifika in der Kreditwirtschaft . . . 1180
1. Multilaterale Kooperationen – Zahlungsverkehr . . . 1180
2. Bilaterale Kooperationen . . . 1182

§ 34 Energiewirtschaft . . . 1182

A. Allgemeine Grundlagen . . . 1184
I. Überblick . . . 1184
II. Deregulierung und Re-Regulierung in der Energiewirtschaft . . . 1185

Originaldokument Verlage C.H.Beck/Vahlen

III. Energiewirtschaftliche Grundbegriffe . . . 1186
IV. Die Vorgaben des europäischen Gemeinschaftsrechts . . . 1187
1. Primärrechtliche Vorgaben . . . 1187
2. Sekundärrechtliche Vorgaben . . . 1188
V. Der national-rechtliche Rahmen für die Energiewirtschaft . . . 1193
1. Wichtige Bestimmungen des Energiewirtschaftsgesetzes . . . 1193
2. Verordnungsrecht zum Netzzugang und zur Netznutzung . . . 1196
3. Das Recht der Energieversorgung . . . 1198
4. Das Recht der Stromeinspeisung . . . 1199
VI. Kartellrechtliche Aufsicht über Energieversorgungsunternehmen – Verhältnis von Kartell- und Regulierungsbehörden . . . 1200

B. Zugang zu Strom- und Gasnetzen . . . 1202
I. Die wirtschaftliche und technische Bedeutung des Netzzugangs . . . 1202
II. Zugang nach früherem Recht . . . 1203
1. Rechtslage vor dem EnWG 1998 . . . 1203
2. Rechtslage nach Inkrafttreten des EnWG 1998 . . . 1204
3. Rechtslage nach Inkrafttreten des EnWG 2005 . . . 1219

C. Kartellrechtliche Fragen bei der Strom- und Gaslieferung . . . 1225
I. Kartellrechtliche Beurteilung typischer Vertragsklauseln in Energielieferverträgen . . . 1225
1. Überblick . . . 1225
2. Das anwendbare Recht . . . 1226
3. Einzelne typische Klauseln . . . 1230
II. Mißbrauchsaufsicht über Energiepreise . . . 1236
1. Überblick . . . 1236
2. Voraussetzungen des § 29 GWB . . . 1237

D. Fusionskontrolle und Kooperation in der Energiewirtschaft . . . 1241
I. Fusionskontrolle . . . 1241
1. Überblick . . . 1241
2. Deutsche Fusionskontrolle . . . 1241
3. Europäische Fusionskontrolle . . . 1253
II. Kooperationen in der Energiewirtschaft . . . 1263
1. Überblick . . . 1263
2. Praxis . . . 1264

E. Konzessionsverträge/Wegenutzungsrechte . . . 1265
I. Inhalt und rechtliche Qualifizierung von Konzessionsverträgen . . . 1265
II. Diskriminierungsfreie Entscheidung über die Vergabe von Wegenutzungsrechten . . . 1267
III. Rechtsfolgen bei Beendigung des Konzessionsvertrages . . . 1268

§ 35 Unternehmen nach Art. 86 EG-Vertrag . . . 1270

A. Einleitung und Grundbegriffe . . . 1274
I. Funktion, Aufbau und systematische Stellung des Art. 86 EG-Vertrag . . . 1274
1. Kurze Übersicht zu Art. 86 . . . 1274
2. Art. 86 Abs. 1 . . . 1275
3. Art. 86 Abs. 2 . . . 1276
4. Art. 86 Abs. 3 . . . 1276
5. Unterscheidungen und Zusammenhänge . . . 1277
II. Der Unternehmensbegriff des Art. 86 EG . . . 1278
1. Einheit unabhängig von Rechtsform und Art der Finanzierung . . . 1278
2. Wirtschaftliche Tätigkeit . . . 1279

B. Die Verantwortlichkeit der Mitgliedstaaten nach Art. 86 Abs. 1 EG . . . 1282
I. Begriff des öffentlichen Unternehmens . . . 1282
1. Rückgriff auf die Transparenzrichtlinie . . . 1282
2. Weitergehende Definitionen . . . 1284
II. Begriff der Unternehmen, denen der Staat ausschließliche oder besondere Rechte gewährt („privilegierte Unternehmen“, „Unternehmen mit Sonderrechten“) . . . 1286
1. Allgemeines . . . 1286
2. Die traditionelle Definition der Gewährung ausschließlicher und besonderer Rechte . . . 1287
3. Die erweiterte Definition des EuGH in der Rs *Ambulanz Glöckner* . . . 1289
4. Der Gewährungsakt . . . 1293
5. Abgrenzungs- und Auslegungsfragen . . . 1294

Originaldokument Verlage C.H.Beck/Vahlen

III. Keine dem EG-Vertrag widersprechenden staatlichen Maßnahmen . . . 1299
1. Begriff der staatlichen Maßnahme . . . 1299
2. Überblick über die Pflichten des Mitgliedstaates . . . 1301
3. Die Schaffung, Aufrechterhaltung oder Privatisierung öffentlicher Unternehmen . . . 1302
4. Gemeinschaftsrechtliche Schranken für die Gewährung und Aufrechterhaltung ausschließlicher und besonderer Rechte . . . 1302
5. Beachtung der an die Unternehmen gerichteten Normen (Art. 81, 82 EG) . . . 1303
6. Beachtung der an die Mitgliedstaaten gerichteten Vertragsregeln . . . 1326
IV. Die unmittelbare Anwendbarkeit des Art. 86 Abs. 1 . . . 1340
V. Das Verhältnis des Art. 86 Abs. 1 zu anderen Vertragsvorschriften . . . 1342
1. Verhältnis des Art. 86 Abs. 1 zu staatsgerichteten Normen des EG-Vertrags . . . 1342
2. Verhältnis des Art. 86 Abs. 1 zu unternehmensgerichteten Normen des EG-Vertrags (Art. 81/82) . . . 1364

C. Die Ausnahmeregelung nach Art. 86 Abs. 2 EG . . . 1366
I. Übersicht . . . 1366
II. Begünstigte und Tragweite der Ausnahmeregelung des Art. 86 Abs. 2 . . . 1368
1. Anwendung auf das Verhalten der Unternehmen und auf Maßnahmen der Mitgliedstaaten . . . 1368
2. Einschränkung der Anwendung von primärem und sekundärem Gemeinschaftsrecht 1371
3. Prüfungsreihenfolge . . . 1372
III. Mit einer Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betrautes Unternehmen . . . 1372
1. Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse . . . 1372
2. Betrauung eines bestimmten Unternehmens . . . 1379
IV. Unternehmen mit dem Charakter eines Finanzmonopols . . . 1383
V. Einschränkung der Anwendung der EG-vertraglichen Vorschriften, soweit hierdurch die Erfüllung der besonderen übertragenen Aufgabe rechtlich oder tatsächlich verhindert würde . . . 1384
1. Begriff der Verhinderung . . . 1384
2. Verhältnismäßigkeitsprüfung, Interessenabwägung . . . 1399
3. Verhinderung der besonderen Aufgabe des Finanzmonopols . . . 1401
VI. Die Beeinträchtigung des Gemeinschaftsinteresses iSv Art. 86 Abs. 2 Satz 2 . . . 1402
1. Funktion und Auslegungsregeln . . . 1402
2. Die Beeinträchtigung der Entwicklung des Handelsverkehrs . . . 1403
3. Das Interesse der Gemeinschaft . . . 1404
VII. Die unmittelbare Anwendbarkeit des Art. 86 Abs. 2 . . . 1405
1. Die Entwicklung der Rechtsprechung . . . 1405
2. Die Haltung der Kommission . . . 1406
3. Die unmittelbare Anwendbarkeit des Art. 86 Abs. 2 Satz 2 . . . 1406
4. Die unmittelbare Anwendung des Art. 86 Abs. 2 in der Praxis . . . 1407
VIII. Darlegungs- und Beweislast im Rahmen des Art. 86 Abs. 2 . . . 1408
1. Grundregeln . . . 1408
2. Grenzen der Grundregeln: Vertragsverletzungsverfahren (Art. 226 EG) der Kommission gegen Mitgliedstaaten . . . 1410
3. Andere Verfahren . . . 1414
IX. Erklärungen und Beispiele zu Art. 86 Abs. 2 . . . 1419
1. Dienstleistungen von allgemeinem Interesse: Mitteilungen, Grünbuch und Weißbuch der Kommission, Vertragsänderungen . . . 1419
2. Die Tatbestandsmerkmale der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse und der Aufgabenverhinderung in verschiedenen Wirtschaftssektoren . . . 1422
3. Art. 86 Abs. 2 im Recht der staatlichen Beihilfen . . . 1432

D. Art. 86 Abs. 3 EG: Die Ermächtigung der Kommission zum Erlaß von Richtlinien und Entscheidungen . . . 1436
I. Systematische Stellung und Verhältnis zu den Kompetenzen anderer Gemeinschaftsorgane . . . 1436
II. Die Aufgaben und Befugnisse der Kommission . . . 1437
1. Allgemeines . . . 1437
2. Verhältnismäßigkeitsprinzip und Ermessen der Kommission . . . 1439
III. Die Instrumente der Kommission, das Erlaßverfahren, Formvorschriften, rechtliche Wirkung . . . 1440
1. Einführung . . . 1440
2. Entscheidungen der Kommission nach Art. 86 Abs. 3 . . . 1441
3. Richtlinien der Kommission nach Art. 86 Abs. 3 . . . 1453

Originaldokument Verlag C.H.Beck/Vahlen

IV. Rechtsmittel im Zusammenhang mit Art. 86 Abs. 3 . . . 1459
1. Nichtigkeitsklagen gegen das Tätigwerden der Kommission nach Art. 86 Abs. 3 . . . 1459
2. Nichtigkeits- und Untätigkeitsklagen gegen das Nichteingreifen der Kommission nach Art. 86 Abs. 3 . . . 1459
V. Das Verhältnis des Art. 86 Abs. 3 zum Vertragsverletzungsverfahren nach Art. 226 EG . . . 1464
1. Entscheidungen . . . 1464
2. Richtlinien . . . 1466
3. Die Definition des Gemeinschaftsinteresses im Rahmen eines Vertragsverletzungsverfahrens . . . 1466
VI. Die bisherigen Aktivitäten der Kommission nach Art. 86 Abs. 3 . . . 1467
1. Entscheidungen . . . 1467
2. Richtlinien . . . 1478

§ 36 Die Behandlung von EGKS-Altfällen . . . 1489

A. Das Kartellrecht der Montanunion . . . 1489
I. Überblick . . . 1489
II. Konkurrenzen zum EG-Kartellrecht . . . 1490
III. Ende des EGKS-Vertrags zum 23. Juli 2002 . . . 1490

B. Die Behandlung von EGKS-Altfällen im Einzelnen . . . 1491
I. Kartellverbot . . . 1491
1. Keine Übergangsregelungen mit Rechtsnormcharakter . . . 1491
2. Die Kommissionsmitteilung zur Behandlung von Wettbewerbsfällen nach Auslaufen des EGKS-Vertrags . . . 1492
3. Rechtsprechung und Kommissionspraxis zum Übergangsproblem . . . 1493
4. Keine Fortwirkung des EGKS-Kartellrechts nach dem 23. Juli 2002 . . . 1494
5. Folgerungen . . . 1499
6. Zur Frage der Fortwirkung von Freistellungen nach Art. 65 § 2 KS . . . 1500
II. Die Behandlung von Altfällen im Bereich der KS-Missbrauchskontrolle . . . 1500
III. Die Behandlung von Altfällen im Bereich der KS-Fusionskontrolle . . . 1501

§ 37 – 39: Entfallen

9. Kapitel. Sanktionen, Verfahren und Rechtsmittel im EG-Kartellrecht

§ 40 Die zivilrechtlichen Sanktionen eines Verstoßes gegen Art. 81 und 82 EG 1503

A. Zivilrechtliche Folgen des Verstoßes gegen Art. 81 Abs. 1 EG . . . 1503
I. Nichtigkeit gemäß Art. 81 Abs. 2 EGV . . . 1504
II. Trennbarkeit und Teilnichtigkeit . . . 1506
III. Befugnis zur Feststellung der Nichtigkeit . . . 1507
IV. Sonderregelungen . . . 1507

B. Streitbefangenheit einer Vereinbarung oder Verhaltensweise vor nationalen Gerichten bei gleichzeitiger Prüfung durch die Kommission . . . 1508

C. Weitere zivilrechtliche Folgen des Wettbewerbsverstoßes . . . 1509
I. Nichtigkeit gemäß § 134 BGB iVm Art. 82 EG . . . 1509
II. Schadensersatzansprüche . . . 1510
III. Unterlassungs-, Beseitigungs- und Belieferungsansprüche . . . 1511

§ 41 Grundsätze des Verwaltungsverfahrens in Wettbewerbssachen . . . 1512

A. Einführung . . . 1513
I. Die Kommission und die Generaldirektion Wettbewerb . . . 1513
II. Der Grundsatz der kohärenten Anwendung des Gemeinschaftsrechts . . . 1514

B. Rechtsquellen des Verfahrensrechts . . . 1515

C. Rechtsnatur und Ablauf des Verfahrens . . . 1516

D. Verfahren bei der formellen Entscheidung: Kollegialprinzip und Verfahren der Beschlußfassung 1519

E. Allgemeine Verfahrensregeln . . . 1520
I. Fehler im Verwaltungsverfahren . . . 1521
1. Rechtsfolgen von Verfahrensfehlern . . . 1521
2. Heilung von Verfahrensfehlern . . . 1522

Originaldokument Verlage C.H.Beck/Vahlen

3. Indiskretionen und Befangenheit . . . 1523
II. Anfechtbarkeit und Nichtigkeit von Entscheidungen . . . 1524
1. Abgrenzung von Anfechtbarkeit und Nichtigkeit . . . 1524
2. Vermutung der Gültigkeit von Rechtsakten . . . 1524
III. Beweisregeln und Beweisverwertungsverbote . . . 1525
1. Beweisregeln . . . 1525
2. Beweisverwertungsverbote für die Kommission . . . 1526
3. Beschränkungen für im Rahmen der Akteneinsicht gewonnene Informationen . . . 1526
IV. Pflicht zur Begründung von Entscheidungen . . . 1527
V. Sprachenfragen . . . 1527
VI. Fristen und Verjährung . . . 1528
VII. Zustellung . . . 1529
VIII. Gebühren . . . 1530

F. Die Zusammenarbeit im Netz der Wettbewerbsbehörden (ECN) und die Beteiligung der Mitgliedstaaten am Kommissionsverfahren . . . 1531
I. Allgemeines . . . 1531
II. Informationsrechte und -pflichten . . . 1531
III. Der Beratende Ausschuß . . . 1532
IV. Informationsaustausch . . . 1533
V. Fallverteilung . . . 1535

G. Das Verhältnis der Kommission zu Gerichten der Mitgliedstaaten . . . 1536
I. Allgemeines . . . 1536
II. Zusammenarbeit der Kommission mit den Gerichten der Mitgliedstaaten . . . 1537
III. Parallele Verfahren von Kommission und Gerichten der Mitgliedstaaten . . . 1538

H. Verfahrensregeln in besonderen Sektoren . . . 1539

I. Befugnisse der Kommission im Rahmen des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum . . . 1540

§ 42 Die Ermittlungsbefugnisse der Kommission . . . 1541

A. Allgemeines . . . 1542
I. Adressat der Ermittlungshandlung . . . 1542
II. Anfangsverdacht . . . 1542
III. Mitwirkungspflicht . . . 1544
IV. Sanktionen . . . 1544
V. Wahl der Ermittlungshandlung durch die Kommission . . . 1544
VI. Verwertungsverbote . . . 1545

B. Auskunftsverlangen . . . 1545
I. Einfaches Auskunftsverlangen . . . 1545
II. Auskunftsentscheidung . . . 1546
III. Person des Auskunftspflichtigen . . . 1546
IV. Umfang der Auskunftspflicht . . . 1546

C. Nachprüfungen . . . 1549
I. Formen der Nachprüfung . . . 1549
II. Durchführung der Nachprüfung . . . 1551
III. Umfang der Nachprüfungsbefugnisse . . . 1552
1. Räumlichkeiten des Unternehmens . . . 1553
2. Privaträume . . . 1553
3. Bücher und sonstige Geschäftsunterlagen . . . 1554
4. Mündliche Erklärungen . . . 1555
5. Anwaltsprivileg . . . 1556

D. Mündliche Befragung . . . 1557

E. Rechtsschutz . . . 1557

F. Sektoruntersuchung . . . 1558

§ 43 Der Antrag auf Negativattest und die Anmeldung von Vereinbarungen mit dem Ziel der Freistellung . . . 1559

Originaldokument Verlage C.H.Beck/Vahlen

§ 44 Das rechtliche Gehör im Verwaltungsverfahren . . . 1559

A. Das rechtliche Gehör im Kartellverfahren . . . 1560
I. Grundsatz des rechtlichen Gehörs . . . 1560
II. Der Anhörungsbeauftragte . . . 1561
III. Rechtsstellung Dritter . . . 1562

B. Beschwerdepunkte . . . 1563
I. Funktion der Beschwerdepunkte . . . 1563
II. Form der Beschwerdepunkte . . . 1563
III. Vollständigkeit der Beschwerdepunkte . . . 1564

C. Akteneinsicht . . . 1566
I. Allgemeines . . . 1566
II. Verfahren der Akteneinsicht nach der Mitteilung . . . 1567
1. Berechtigung zur Akteneinsicht . . . 1567
2. Umfang der Akteneinsicht . . . 1567
3. Ablauf der Akteneinsicht . . . 1569
4. Folgen unzureichender Akteneinsicht . . . 1570
5. Verwendungsbeschränkung . . . 1571
6. Rechtsschutz im Rahmen der Akteneinsicht . . . 1571
III. Akteneinsicht durch Dritte . . . 1571
IV. Allgemeiner Zugang zu Dokumenten der Kommission . . . 1572

D. Schriftliche Äußerung des Unternehmens . . . 1573

E. Mündliche Anhörung . . . 1574
I. Voraussetzungen . . . 1574
II. Ablauf der mündlichen Anhörung . . . 1574

§ 45 Der Abschluß des Verfahrens durch Entscheidung und andere Maßnahmen . . . 1576

A. Handlungsformen zur Beendigung des Verfahrens . . . 1576
I. Überblick . . . 1576
II. Einstellung des Verfahrens . . . 1577
III. Übergangsbestimmungen . . . 1577

B. Die Feststellung der Nichtanwendbarkeit . . . 1577

C. Die Verbindlicherklärung von Verpflichtungszusagen . . . 1578
I. Überblick . . . 1578
II. Voraussetzungen und Verfahren . . . 1579
III. Inhalt . . . 1580

D. Feststellung und Abstellung von Zuwiderhandlungen . . . 1581
I. Gegenstand der Abstellungsentscheidung . . . 1581
II. Inhalt der Abstellungsanordnung . . . 1582
III. Feststellungsentscheidung . . . 1584

E. Der Entzug des Rechtsvorteils einer Gruppenfreistellungsverordnung . . . 1584

F. Beratungsschreiben . . . 1585

G. Veröffentlichung der Entscheidung und die Behandlung von Geschäftsgeheimnissen . . . 1586
I. Veröffentlichung im Amtsblatt . . . 1586
II. Wahrung von Geschäftsgeheimnissen . . . 1587

§ 46 Geldbußen und Zwangsgelder . . . 1588

A. Geldbußen . . . 1588
I. Allgemeines . . . 1588
II. Zurechnung im Konzernverbund und Verschulden . . . 1589
III. Bemessung der Geldbuße . . . 1591
1. Bußgeldrahmen . . . 1591
2. Bemessungskriterien . . . 1592
3. Leitlinien der Kommission . . . 1593
4. Berücksichtigung von durch andere Kartellbehörden verhängten Geldbußen . . . 1600
IV. Mitwirkung im Verfahren und „Kronzeugenregelung“ . . . 1601
1. Allgemeines . . . 1601

Originaldokument Verlage C.H.Beck

2. Voraussetzungen . . . 1601
3. Verfahren . . . 1603
V. Verhängung von Geldbußen gegen Verbände . . . 1605
VI. Veränderungen in der Unternehmensstruktur . . . 1605
VII. Überprüfung von Geldbußen durch die Rechtsprechung . . . 1607

B. Zwangsgelder . . . 1608

C. Verjährung . . . 1609

D. Zahlung, Vollstreckung und Erstattung . . . 1610

§ 47 Beschwerden . . . 1611

A. Bedeutung von Beschwerden . . . 1612

B. Voraussetzungen für die Erhebung einer Beschwerde . . . 1613
I. Berechtigtes Interesse des Beschwerdeführers . . . 1613
II. Formvorschriften . . . 1614

C. Rechte des Beschwerdeführers . . . 1614
I. Anspruch auf Untersuchung der Beschwerde . . . 1614
II. Anspruch auf Erlaß einer Entscheidung gegen Dritte . . . 1615
III. Fürsorgepflichten gegenüber dem Beschwerdeführer . . . 1615

D. Das Gemeinschaftsinteresse an der Bearbeitung einer Beschwerde . . . 1615

E. Verfahren der Zurückweisung von Beschwerden . . . 1617
I. Behandlung der Beschwerde durch die Kommission . . . 1617
II. Begründung der Zurückweisung . . . 1618

F. Beschwerden gegen Mitgliedstaaten . . . 1619

G. Rechtsschutz . . . 1620

H. Europäischer Bürgerbeauftragter . . . 1621

§ 48 Einstweilige Maßnahmen . . . 1621

A. Rechtsgrundlage . . . 1621

B. Voraussetzungen . . . 1622

C. Verfahren . . . 1622

D. Regelungsgegenstand . . . 1623

E. Rechtsschutz . . . 1623

§ 49 Rechtsmittel im EG-Kartellrecht . . . 1624

A. Überblick über Rechtsbehelfe gegen Maßnahmen der Kommission in Kartellverfahren . . . 1626

B. Grundzüge des Verfahrens vor dem EuG/EuGH . . . 1627
I. Verfahrensregeln . . . 1627
II. EuG . . . 1628
1. Zuständigkeiten . . . 1628
2. Aufbau . . . 1629
III. EuGH . . . 1629
IV. Der Ablauf des Gerichtsverfahrens . . . 1629
1. Klagefrist . . . 1629
2. Klageerhebung . . . 1636
3. Schriftliches Verfahren . . . 1640
4. Mündliche Verhandlung . . . 1642
5. Urteilsverkündung . . . 1645
6. Beschleunigtes Verfahren . . . 1645
V. Verfahrenssprache . . . 1648
VI. Streithilfe . . . 1649
1. Zulässigkeit der Streithilfe . . . 1649
2. Rechte der Streithelfer . . . 1651
VII. Kostenentscheidung . . . 1652
1. Antragserfordernis . . . 1652

Originaldokument Verlage C.H.Beck/Vahlen

2. Kostenentscheidung bei Erledigung der Hauptsache und bei Rücknahme der Klage bzw. des Rechtsmittels . . . 1652
3. Kostenentscheidung nach Billigkeitsgesichtspunkten . . . 1653
4. Verjährungsfristen . . . 1654
5. Kostenerstattung für Streithelfer . . . 1654
6. Erstattungsfähige Kosten . . . 1654
7. Kostenfestsetzung . . . 1655

C. Einstweiliger Rechtsschutz . . . 1657
I. Sofortige Vollziehbarkeit und Vollstreckbarkeit von Kommissionsentscheidungen . . . 1658
1. Abschließende Entscheidungen der Kommission . . . 1658
2. Maßnahmen im Verwaltungsverfahren . . . 1659
II. Einstweiliger Rechtsschutz durch das EuG gemäß Art. 242, 243 EG . . . 1660
1. Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . 1660
2. Materielle Voraussetzungen . . . 1661
3. Fallgruppen . . . 1666
4. Vorbeugender Rechtsschutz (Antrag auf Unterlassen eines Rechtsaktes) . . . 1671

D. Anfechtungsklage (Nichtigkeitsklage) gemäß Art. 230 EG . . . 1672
I. Allgemein . . . 1672
II. Klagefrist . . . 1672
III. Anfechtbare Rechtsakte . . . 1673
1. Grundsatz . . . 1673
2. Einzelfragen . . . 1674
3. Inexistente Akte . . . 1680
IV. Klagebefugnis . . . 1682
1. Allgemein . . . 1682
2. Adressaten iSv Art. 230 Abs. 4, 1. Alt. EG . . . 1682
3. Zulässigkeitsvoraussetzungen für nicht-privilegierte Kläger iSv Art. 230 Abs. 4, 2. Alt. EG . . . 1682
4. Rechtsschutzinteresse . . . 1688
V. Klagegründe gemäß Art. 230 Abs. 2 EG . . . 1689
1. Unzuständigkeit . . . 1690
2. Verletzung wesentlicher Formvorschriften . . . 1691
3. Verletzung des EG-Vertrages oder einer bei seiner Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm . . . 1698
4. Ermessensfehler und Ermessensmissbrauch . . . 1700
5. Beschränkung der Klagegründe? . . . 1701
VI. Nichtigkeitserklärung gemäß Art. 231 EG . . . 1701
1. Reichweite gerichtlicher Überprüfung . . . 1701
2. Möglichkeit der Teilanfechtung . . . 1702
3. Uneingeschränkte Überprüfung der Geldbußen . . . 1702
4. Folgen der Nichtigerklärung . . . 1705

E. Untätigkeitsklage gemäß Art. 232 EG . . . 1706
I. Überblick . . . 1706
II. Klagebefugnis gemäß Art. 232 Abs. 3 EG . . . 1706
III. Erzwingbare Maßnahmen . . . 1708
1. Befassung bei Beschwerden . . . 1708
2. Anordnungsbefugnis des Gerichts gegenüber der Kommission . . . 1709
IV. Zulässigkeitsvoraussetzung: Obligatorisches Vorverfahren gemäß Art. 232 Abs. 2 EG . . . 1710
1. Aufforderungsschreiben . . . 1710
2. Eine die Untätigkeit ausschließende Stellungnahme . . . 1710
3. Klagefrist . . . 1711
V. Abgrenzung von Untätigkeitsklage und Anfechtungsklage . . . 1711

F. Schadensersatzklage gemäß Art. 235 EG . . . 1713
I. Einleitung . . . 1713
II. Anspruchsvoraussetzungen . . . 1714
III. Klagefrist und Verjährung . . . 1716
IV. Durchführung eines Vorverfahrens . . . 1717
V. Zuständigkeit und Anforderungen an die Klageschrift . . . 1718
VI. Ersatzfähiger Schaden . . . 1719

G. Rechtsmittel beim EuGH . . . 1720
I. Einleitung . . . 1720
II. Rechtsmittelfähige Entscheidungen . . . 1721

Originaldokument Verlage C.H.Beck/Vahlen

III. Rechtsmittelfrist . . . 1722
IV. Rechtsmittelbefugnis . . . 1722
V. Beschränkung des Rechtsmittels auf Rechtsfragen . . . 1723
1. Anforderungen an die Rechtsmittelschrift . . . 1724
2. Bindung an die Tatsachenfeststellung durch das EuG . . . 1724
3. Tatsachen- und Beweiswürdigung durch das EuG . . . 1725
4. Verfahrensfehler des EuG . . . 1726
5. Verletzung von Gemeinschaftsrecht . . . 1727
VI. Besonderheiten des Verfahrens . . . 1729
VII. Entscheidung des EuGH als Rechtsmittelgericht . . . 1729

H. Außerordentliche Rechtsbehelfe . . . 1730
I. Wiederaufnahme des Verfahrens . . . 1730
1. Allgemein . . . 1730
2. Voraussetzungen . . . 1730
3. Gerichtliche Entscheidung . . . 1731
II. Drittwiderspruch . . . 1732

10. Kapitel. Sanktionen, Verfahren und Rechtsmittel im deutschen Kartellrecht

1. Abschnitt. Zivilrecht

§ 50 Zivilrechtliche Sanktionen . . . 1733

A. Nichtigkeit von kartellrechtswidrigen Vereinbarungen . . . 1734
I. Nichtigkeit oder Unwirksamkeit . . . 1734
1. Verstoß gegen materielle Verbotsgesetze . . . 1734
2. Verstoß gegen das Vollzugsverbot nach § 41 Abs. 1 S. 2 GWB . . . 1735
II. Teil- oder Gesamtnichtigkeit, 139 BGB . . . 1737
1. Teilbarkeit des Rechtsgeschäfts . . . 1737
2. Hypothetischer Parteiwille . . . 1738
3. Salvatorische Klauseln . . . 1738
4. Rückführung auf das kartellrechtlich zulässige Maß; „Heilungsspielräume“ . . . 1739
5. Arglistige Berufung auf Gesamtnichtigkeit . . . 1743
III. Folge- und Ausführungsverträge . . . 1744
IV. Wirksamkeit von Gesellschaftverträgen . . . 1745

B. Formnichtigkeit, § 34 GWB a. F. . . . 1746
I. Bedeutung und Zweck . . . 1746
II. Anwendungsbereich . . . 1747
III. Umfang des Schriftformgebots . . . 1748
1. Vertragsinhalt . . . 1748
2. Ausnahmen vom Schriftformgebot . . . 1749
IV. Schriftliche Abfassung . . . 1750
1. Getrennte Urkunden, § 34 S. 4 GWB a. F. . . . 1750
2. Bezugnahmen nach § 34 S. 3 GWB a. F . . . 1751
3. Anforderungen an ein einheitliches Vertragswerk . . . 1751
V. Rechtsfolgen . . . 1752

C. Ansprüche nach § 33 GWB . . . 1753
I. Zweck und Bedeutung des § 33 GWB . . . 1753
II. Anspruchsvoraussetzungen . . . 1754
1. Kartellrechtsverstoß . . . 1754
2. Begriff der Betroffenheit . . . 1754
III. Ansprüche . . . 1762
1. Unterlassungs- und Beseitigungsanspruch . . . 1762
2. Schadensersatzanspruch, § 33 Abs. 3–5 GWB . . . 1766
IV. Follow-On-Klagen, Abs. 4 und 5 . . . 1770
1. Tatbestandswirkung kartellbehördlicher Entscheidungen . . . 1770
2. Verjährungshemmung, § 33 Abs. 5 GWB . . . 1772

Originaldokument Verlage C.H. Beck/Vahlen

2. Abschnitt. Verwaltungsrecht

§ 51 Entscheidungsbefugnisse der Kartellbehörden und Vorteilsabschöpfung . . . 1774

A. Entscheidungsbefugnisse der Kartellbehörden . . . 1775
I. Einführung . . . 1775
II. Abstellung und nachträgliche Feststellung von Zuwiderhandlungen (§ 32) . . . 1775
1. Überblick . . . 1775
2. Verfahren . . . 1776
3. Abstellungsverfügung (§ 32 Abs. 1 und 2) . . . 1777
4. Feststellungsentscheidung (§ 32 Abs. 3) . . . 1780
5. Sanktionen und Rechtsschutz . . . 1781
III. Einstweilige Maßnahmen (§ 32a) . . . 1781
IV. Verpflichtungszusagen (§ 32b) . . . 1782
1. Einführung . . . 1782
2. Verbindlicherklärung von Verpflichtungszusagen . . . 1783
3. Aufhebung und Wiederaufnahme . . . 1785
4. Rechtschutz . . . 1786
V. Entscheidung über Nichteinschreiten (§ 32c) . . . 1786
VI. Entzug der Freistellung (§ 32d) . . . 1788

B. Vorteilsabschöpfung (§§ 34 und 34a) . . . 1789
I. Vorteilsabschöpfung durch Kartellbehörden . . . 1789
II. Vorteilsabschöpfung durch Verbände . . . 1790

§ 52 Ermittlungsbefugnisse der Kartellbehörden . . . 1791

A. Einführung . . . 1792

B. Auskunftsrecht . . . 1792
I. Formlose Auskunftsersuchen . . . 1792
II. Auskunftsbeschlüsse . . . 1792
1. Anwendungsbereich . . . 1793
2. Adressaten, Auskunftsverpflichtete . . . 1794
3. Umfang des Auskunftsverlangens . . . 1795
4. Voraussetzungen . . . 1797
5. Einschränkungen der Auskunftspflicht . . . 1800

C. Einsichts- und Prüfungsrecht . . . 1802
I. Anwendungsbereich . . . 1802
II. Form/Adressaten . . . 1803
III. Umfang/Grenzen . . . 1803

D. Durchsuchungen . . . 1804
I. Anwendungsbereich . . . 1804
II. Umfang/Grenzen . . . 1804

E. Befugnisse des Bundeskartellamts nach EG-Recht (§ 50 GWB) . . . 1805

F. Zwangsmittel . . . 1805

G. Gesetzliches Verwertungsverbot, Amtshilfe, Verwertung in anderen Verfahren . . . 1805

H. Beschwerde gegen Beschlüsse nach § 59 GWB . . . 1806
I. Formalien . . . 1806
II. Besonderheiten . . . 1806
1. Keine aufschiebende Wirkung . . . 1806
2. Praktische Handhabung . . . 1807
3. Feststellungsantrag . . . 1807
III. Rechtsbeschwerde gegen Beschlüsse nach § 59 GWB . . . 1807

I. Enquete-Befugnis (§ 32e) . . . 1807

§ 53 Kartellverfahrensrecht (GWB, VwGO, VwVfG, VwZG, VwVG) . . . 1809

A. Kartellbehörden . . . 1810
I. Übersicht . . . 1810
1. Das Bundeskartellamt . . . 1810

Originaldokument Verlage C.H.Beck

Inhaltsverzeichnis

2. Die Landeskartellbehörden . . . 1811
3. Das Bundesministerium für Wirtschaft . . . 1811
II. Zuständigkeit . . . 1811
1. Örtliche Zuständigkeit . . . 1811
2. Sachliche Zuständigkeit (§ 48 Abs. 2) . . . 1811
3. Abweichende Zuständigkeitsverteilung (§ 49 Abs. 3 und 4) . . . 1812
4. Zuständigkeit für Vollzug des europäischen Rechts (§ 50) . . . 1813
5. Andere grenzüberschreitende Sachverhalte . . . 1814
6. Funktionale Zuständigkeit . . . 1815
7. Rechtsfolgen fehlender Zuständigkeit . . . 1815
III. Vorabentscheidung über Zuständigkeit (§ 55 GWB) . . . 1815
IV. Zuständigkeit der Monopolkommission . . . 1816
V. Vergabeüberwachungskammern beim Bundeskartellamt . . . 1816

B. Zusammenarbeit mit anderen Behörden . . . 1816
I. Zusammenarbeit im Netzwerk der europäischen Wettbewerbsbehörden . . . 1816
II. Sonstige Zusammenarbeit mit ausländischen Wettbewerbsbehörden . . . 1817
III. Zusammenarbeit mit anderen nationalen Behörden . . . 1818

C. Verfahrensarten . . . 1818
I. Formloses Vorverfahren . . . 1818
II. Förmliches Verfahren . . . 1819
1. Amtsverfahren . . . 1819
2. Antragsverfahren . . . 1820
3. Feststellender Verwaltungsakt . . . 1820
III. Einstweilige Anordnungen, Regelung eines einstweiligen Zustandes (§ 60 GWB) . . . 1820
1. Formelle Voraussetzungen . . . 1820
2. Materielle Voraussetzungen . . . 1821
3. Inhalt der Regelung . . . 1822
4. Verfahren . . . 1822
5. Entscheidung . . . 1823
6. Rechtsbehelfe . . . 1823

D. Beteiligte am Verfahren . . . 1823
I. Beteiligungsfähigkeit (§ 77 GWB) . . . 1823
II. Geborene Beteiligte (§ 54 Abs. 2 Nr. 1, 2 und 4 GWB) . . . 1824
1. Allgemein . . . 1824
2. Antragsteller (Nr. 1) . . . 1825
3. Verfügungsadressaten (Nr. 2) . . . 1825
4. Veräußerer (Nr. 4) . . . 1826
5. Bundeskartellamt (§ 54 Abs. 3 GWB) . . . 1827
III. Beteiligung kraft faktischer Hinzuziehung . . . 1827
IV. Gekorene Beteiligte kraft Beiladung (§ 54 Abs. 2 Nr. 3 GWB) . . . 1827
1. Allgemein . . . 1827
2. Antragsberechtigte . . . 1827
3. Verfahrensbeteiligte . . . 1828
4. Erhebliche Interessenberührung . . . 1828
5. Beiladungsermessen der Kartellbehörden . . . 1830
6. Zeitpunkt der Beiladung . . . 1834
7. Wirkung der Beiladung . . . 1835
8. Beschwerde . . . 1836

E. Verfahrensregeln . . . 1836
I. Justizförmiges Verfahren . . . 1837
1. Unabhängige Beschlußabteilungen . . . 1837
2. Rechtliches Gehör (§ 56 Abs. 1 GWB) . . . 1837
3. Akteneinsicht . . . 1839
4. Untersuchungsgrundsatz (§ 57 Abs. 1 GWB) . . . 1841
5. Mündliche Verhandlung (§ 56 Abs. 3 GWB) . . . 1845
II. Verfahrensabschluß . . . 1846
1. Formelle Verfügung . . . 1846
2. Schriftliche Mitteilung der Beendigung eines Verwaltungsverfahrens . . . 1851
III. Widerruf und Rücknahme von Verwaltungsakten/Vertrauensschutz/Wiederaufnahme des Verfahrens . . . 1851

F. Verwaltungshandeln . . . 1852
I. Informationsanfragen, Beratungen . . . 1852

Originaldokument Verlag C.H.Beck/Vahlen

II. Freigaben im Fusionskontrollverfahren . . . 1853
III. Abmahnungen . . . 1853
IV. Auskünfte, Bekanntmachungen (§§ 27, 43, 62 GWB) . . . 1853
V. Tätigkeitsbericht, Veröffentlichung von Verwaltungsgrundsätzen (§ 53 GWB) . . . 1854

G. Gebühren . . . 1854

§ 54 Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Kartellbehörden . . . 1856

A. Beschwerde (§§ 63ff. GWB) . . . 1857
I. Zuständige Gerichte . . . 1857
II. Zulässigkeit . . . 1858
1. Beschwerdearten . . . 1858
2. Beschwerdebefugnis . . . 1863
3. Verfahrensbeteiligte . . . 1868
4. Rücknahme der Beschwerde . . . 1869
III. Formalien der Beschwerde . . . 1869
1. Anwaltszwang . . . 1869
2. Fristen . . . 1870
3. Inhalt der Beschwerde . . . 1871
IV. Wirkung der Beschwerde . . . 1872
1. Aufschiebende Wirkung (Suspensiveffekt) . . . 1872
2. Entscheidungen nach § 65 GWB . . . 1874
3. Einstweilige Anordnungen durch das Beschwerdegericht (§ 64 Abs. 3 iVm § 60 GWB) . . . 1878
V. Verfahren vor dem Beschwerdegericht . . . 1879
1. Gesetzliche Grundlage . . . 1879
2. Tatsacheninstanz . . . 1879
3. Untersuchungsgrundsatz (§ 70 GWB) . . . 1880
4. Mündliche Verhandlung (§ 69 GWB) . . . 1882
5. Beweiserhebung . . . 1884
VI. Beschwerdeentscheidung . . . 1885
1. Form und Inhalt . . . 1885
2. Entscheidungsgrundlage/Zeitpunkt . . . 1886
3. Umfang der Ermessensüberprüfung . . . 1887
4. Rechtliches Gehör, Akteneinsicht, Geschäftsgeheimnisse . . . 1888
5. Zwischenverfahren nach § 72 Abs. 2 S. 4–6 GWB . . . 1891
6. Entscheidung über die Zulassung der Rechtsbeschwerde . . . 1891
7. Rechtsmittelbelehrung . . . 1893
8. Verkündung, Zustellung, Abschriften an Dritte . . . 1893
9. Tatbestandsberichtigung . . . 1894

B. Rechtsbeschwerde . . . 1894
I. Formalien . . . 1894
1. Beschwerdebefugnis . . . 1894
2. Einlegung, Frist, Form . . . 1895
3. Begründung . . . 1895
II. Umfang der rechtlichen Nachprüfung . . . 1895
1. Rüge von Verfahrensfehlern . . . 1895
2. Verstöße gegen materielle Vorschriften . . . 1895
III. Inhalt der Entscheidung . . . 1896

C. Kosten/Streitwert . . . 1897

3. Abschnitt. Ordnungswidrigkeitenrecht und Strafrecht

Vorbemerkung zu §§ 55–58 . . . 1900

§ 55 Ordnungswidrigkeitenrecht und Strafrecht . . . 1900

A. Der Ordnungswidrigkeitentatbestand des § 81 GWB . . . 1901
I. Hauptfallgruppen aus der Praxis . . . 1901
1. Unzulässige Kartellabsprachen zwischen Wettbewerbern . . . 1902
2. Submissionsabsprachen . . . 1902
3. Verstöße gegen fusionskontrollrechtliche Vorschriften . . . 1904

Originaldokument Verlage C.H.Beck

4. Druckausübung . . . 1907
5. Boykott . . . 1908
6. Unzulässige Empfehlungen . . . 1909
7. Preisbindungsverbot . . . 1910
II. Verjährung von Einzelverstoß und Serientat . . . 1910
1. Grundsätze des Verjährungsrechts . . . 1910
2. Einheitstäterbegriff und Zurechnung von Tathandlungen . . . 1912

B. Formen der Täterschaft . . . 1916
I. Unmittelbare Täterschaft und „Handeln für einen anderen" . . . 1916
II. Aufsichtspflichtverletzung gem. § 130 OWiG . . . 1917
1. Allgemeine Grundsätze . . . 1917
2. Anforderungen an Aufsichtsmaßnahmen im einzelnen . . . 1918
III. Geldbuße gegen juristische Personen und Personenvereinigungen gem. § 30 OWiG . . . 1923

C. Rechtskraft und Doppelahndung . . . 1925
I. Strafklageverbrauch . . . 1925
II. Aktive Täterschaft neben Aufsichtspflichtverletzung . . . 1926
III. Die Bedeutung der BGH-Rechtsprechung zum Fortsetzungszusammenhang . . . 1927
1. Rechtsprechung bis 1995 . . . 1927
2. Rechtsprechung seit 1995 . . . 1928
3. Konsequenzen . . . 1928

D. Vorsatz, Fahrlässigkeit und Irrtum . . . 1929
I. Vorsatz und Fahrlässigkeit . . . 1929
II. Irrtumsfragen . . . 1930
1. Tatbestandsirrtum . . . 1930
2. Verbotsirrtum . . . 1931

§ 56 Kartellstrafrecht (§§ 298 und 263 StGB) . . . 1933

A. Einleitung: Sanktionsrahmen im Ordnungswidrigkeiten- und Strafrecht . . . 1934

B. Allgemeine Zuständigkeit der Verfolgungsbehörden . . . 1935

C. Die Straftatbestände im einzelnen . . . 1938
I. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB) . . . 1938
1. Tatbestand . . . 1938
2. Tätige Reue . . . 1941
II. Submissionsbetrug gem. § 263 StGB . . . 1942
1. Tatbestand . . . 1942
2. Eingehungsbetrug . . . 1943
3. Erfüllungsbetrug . . . 1946
4. Sonderfälle . . . 1948
5. Vorsatz und Irrtum . . . 1949
III. Sonstige Straftatbestände . . . 1949

§ 57 Verfahrensrecht . . . 1950

A. Zuständigkeit der Verfolgungsbehörden . . . 1952
I. Landeskartellbehörden und Bundeskartellamt (§ 48 GWB) . . . 1952
II. Kartellbehörden und Staatsanwaltschaften . . . 1955
1. Primäre Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft . . . 1955
2. Abgabe des Verfahrens an die Kartellbehörde . . . 1956
3. Abgabe des Verfahrens von der Kartellbehörde an die Staatsanwaltschaft . . . 1956
4. Übernahme des Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft . . . 1957

B. Verfahrensablauf und Rechte der Betroffenen . . . 1957
I. Verfahrenseröffnung . . . 1957
II. Ermittlungsmaßnahmen . . . 1959
1. Durchsuchung und Beschlagnahme . . . 1960
2. Zeugenvernehmung . . . 1967
3. Vernehmung des Betroffenen bzw. Beschuldigten . . . 1971
4. Informationsübermittlung . . . 1973
III. Verteidigerbestellung und Akteneinsicht . . . 1974
1. Verteidiger . . . 1974
2. Akteneinsicht . . . 1975
3. Rechtliches Gehör im Ermittlungsverfahren . . . 1976

Originaldokument Verlag C.H.Beck/Vahlen

IV. Beweiswürdigung und Abschluß des Ermittlungsverfahrens . . . 1977
1. Ordnungswidrigkeitenverfahren . . . 1977
2. Strafverfahren . . . 1980
3. Sonderfall: Die juristische Person oder die Personenvereinigung im Strafverfahren . . . 1982
V. Sanktionsbemessung und Kosten des Verfahrens . . . 1983
1. Bußgeldbemessung nach GWB und OWiG . . . 1983
2. Sanktionsbemessung im Strafverfahren . . . 2003
3. Zahlungserleichterungen . . . 2004
4. Steuerliche Behandlung von Geldbußen, Geldstrafen und Verfahrenskosten . . . 2005
5. Verzinsung des Bußgeldes . . . 2006
6. Sonstige Sanktionen und Sanktionsfolgen . . . 2007

§ 58 Rechtsmittel im OWiG-Verfahren . . . 2009

A. Einspruch gegen Bußgeldbescheid gem. § 67 OWiG zum OLG . . . 2009
I. Sonderrechtsweg vor Kartellgerichte . . . 2009
II. Wesen des Einspruchs . . . 2010
III. Frist und Form . . . 2010
IV. Verfahren nach Einspruchseinlegung . . . 2011
1. Allgemeines . . . 2011
2. Rücknahme des Einspruchs und Rechtsmittelverzicht . . . 2012
3. Zuständigkeit des OLG/Verweisung an andere Spruchkörper . . . 2012
4. Ablauf der Hauptverhandlung . . . 2013
5. Abfassung des Urteils und Rechtskraft . . . 2015

B. Rechtsbeschwerde zum BGH gem. § 79 OWiG . . . 2015
I. Zuständiges Rechtsbeschwerdegericht . . . 2015
II. Wesen der Rechtsbeschwerde . . . 2015
III. Form und Frist . . . 2015
IV. Gegenstand des Verfahrens . . . 2016
V. Entscheidungsmöglichkeiten . . . 2016

11. Kapitel. Kartellzivilprozesse

§ 59 Anwendungsbereich . . . 2017

A. Individueller Leistungsschutz . . . 2018
I. Private Rechtsdurchsetzung . . . 2018
II. Prozessuale Vorschriften . . . 2020
III. Verhältnis der zivilrechtlichen Sanktionen zu den Sanktionen der nationalen Kartellbehörden . . . 2020
1. Verbotstatbestände . . . 2020
2. Zivilrechtliche Sanktionen . . . 2021
3. Kartellbehördliche Sanktionen . . . 2022
4. Abgrenzung zwischen zivilrechtlichen und kartellbehördlichen Sanktionen . . . 2023

B. Zivilrechtliche Ansprüche des Kartellgesetzes (GWB) . . . 2027
I. Zuweisung an besondere Kartellgerichte . . . 2027
1. Rechtsweg . . . 2027
2. Sachlich ausschließliche Zuständigkeit (§ 95 GWB) . . . 2028
II. Anwendungsbereich . . . 2028
1. Begriff des Kartellrechtsstreits . . . 2028
2. Leistungsklagen auf Beseitigung, Unterlassung und Schadensersatz . . . 2028
3. Belieferungsansprüche . . . 2032
4. Belieferungsansprüche im Wege der einstweiligen Verfügung . . . 2036
5. Feststellungsklagen . . . 2039
6. Gestaltungsklagen . . . 2040
7. Kartellrechtsstreitigkeiten aus Kartellverträgen und Kartellbeschlüssen . . . 2040
8. Klagen aus Kartellorganisationen . . . 2040
9. Art. 81, 82 EG, Art. 53, 54 EWR . . . 2040
III. Anwendbarkeit des zivilprozessualen Kartellrechts auf die „öffentliche Hand“ . . . 2041
1. Privatrechtliches Handeln . . . 2041
2. Privatrechtliche Verträge . . . 2042
3. Hoheitliches Handeln im privatwirtschaftlichen Bereich . . . 2043

Originaldokument Verlage C.H.Beck

4. Boykott/Diskriminierung durch die „öffentliche Hand" . . . 2044
5. Standesorganisationen . . . 2045
6. Abgrenzung zur Sozialgerichtsbarkeit . . . 2046

C. Verhältnis zu den Kartellbehörden . . . 2050
I. Bedeutung der kartellbehördlichen Verfahren . . . 2050
II. Einbeziehung der nationalen Kartellbehörden und der europäischen Kommission in den Zivilprozess . . . 2050
1. Inhalt des § 90 GWB . . . 2050
2. Bedeutung der Unterrichtung für die Kartellbehörden . . . 2051
3. Möglichkeiten im Rahmen der Beteiligung . . . 2051
4. Inhalt des § 90a GWB . . . 2051
5. Kronzeugenregelung . . . 2052

§ 60 Konzentration . . . 2052

A. Zuständigkeit . . . 2053
I. Ausschließliche sachliche Zuständigkeit . . . 2053
1. Landgerichte (§ 87 GWB) . . . 2053
2. Oberlandesgerichte (§§ 91, 92, 93 GWB) . . . 2058
3. Der Bundesgerichtshof (§ 94 GWB) . . . 2062
II. Funktionelle Zuständigkeit . . . 2064
1. Kammern für Handelssachen . . . 2064
2. Bezeichnung in der Klage . . . 2064
3. Verweisungen zwischen den Kammern für Handelssachen und den Zivilkammern . 2064
III. Örtliche Zuständigkeit . . . 2064
1. Allgemeine Vorschriften der Zivilprozeßordnung . . . 2064
2. Gerichtsstände . . . 2065
3. Gerichtsstand der unerlaubten Handlung . . . 2065
IV. Deutsche internationale Zuständigkeit . . . 2065
1. Bedeutung . . . 2065
2. Kriterium für die Anknüpfung . . . 2066
V. Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (EuGVVO) . . . 2067
1. Anwendbarkeit in Kartellsachen . . . 2067
2. Gerichtsstände . . . 2068
3. Gerichtsstandsvereinbarungen . . . 2069

B. Sonderregelung der prozessualen Verbindung (§ 88 GWB) . . . 2069
I. Anspruchshäufung . . . 2069
1. Objektive . . . 2070
2. Subjektive . . . 2070
3. Verbindung mit Widerklage . . . 2070
II. Verbindung in derselben Prozeßart . . . 2070
III. Auswirkungen auf die örtliche, internationale und funktionelle Zuständigkeit . . . 2071

C. Übergangsregelung für die „kartellrechtliche Vorfrage" . . . 2071
I. Bisherige Regelung . . . 2071
II. Die durch die 6. GWB-Novelle eingeführte Regelung . . . 2071
III. Überleitung anhängiger Prozesse . . . 2072
1. Erstinstanzliche Verfahren . . . 2072
2. Rechtsmittelverfahren . . . 2072

D. Streitwertanpassung (§ 89a GWB) . . . 2072

§ 61 Schiedsverfahren . . . 2073

A. Neuregelung durch das SchiedsVfG . . . 2074
I. Bedeutung des § 91 GWB a. F. . . . 2074
II. Gründe für die Neuregelung . . . 2074
III. Übergangsregelung . . . 2075
1. Schiedsvereinbarungen . . . 2075
2. Schiedsrichterliche Verfahren . . . 2075
3. Aufhebungs- und Vollstreckungsverfahren . . . 2075
4. Zwangsvollstreckung aus schiedsrichterlichen Vergleichen . . . 2075

Originaldokument Verlage C.H.Beck/Vahlen

B. Schiedsvereinbarung . . . 2075
I. Begriff . . . 2075
II. Abgrenzung . . . 2076
1. Schiedsgutachtervertrag . . . 2076
2. Schiedsstellen . . . 2076
3. Außervertragliche Schiedsgerichte . . . 2076
4. Verbandsgerichtsbarkeit . . . 2077
III. Schiedsfähigkeit . . . 2077
IV. Form der Schiedsvereinbarung . . . 2077
V. Ausschluss der staatlichen Gerichtsbarkeit . . . 2078
1. Hauptsache . . . 2078
2. Einstweilige Maßnahmen . . . 2078
VI. Schiedsort . . . 2078
1. Bestimmung des Schiedsortes . . . 2078
2. Bedeutung des Schiedsortes . . . 2078
3. Vorrang kartellrechtlicher Zuständigkeitsvorschriften . . . 2079
VII. Materielles Recht . . . 2079
1. Rechtswahl . . . 2079
2. Grenzen der Rechtswahl . . . 2079
3. Verstoß gegen das Kartellrecht . . . 2080

C. Verfahren auf Aufhebung und Vollstreckbarerklärung . . . 2080
I. Aufhebungsverfahren . . . 2080
1. Aufhebungsgründe . . . 2080
2. Verfahren . . . 2083
II. Vollstreckbarerklärung . . . 2084
III. Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche . . . 2084

D. Rechtsbehelfe bei Verletzung materiellen Kartellrechts . . . 2085
I. Einleitung . . . 2085
II. Mögliche Verstöße gegen Kartellrecht . . . 2085
1. Zwingende Anwendbarkeit nationalen Kartellrechts . . . 2085
2. Gefahr der Verletzung von Kartellrecht . . . 2085
III. Rechtsbehelfe . . . 2086
1. § 1032 Abs. 1 ZPO . . . 2086
2. § 1032 Abs. 2 ZPO . . . 2086
3. § 1040 Abs. 3 ZPO . . . 2086

§ 62 Europäisches Kartellrecht . . . 2086

A. Zivilverfahrensrecht . . . 2088
I. Einbeziehung in das Kartellzivilverfahrensrecht . . . 2088
II. Anwendbare Vorschriften . . . 2088
III. Anwendungsbereich . . . 2089
1. Allgemeines . . . 2089
2. Feststellungsklagen . . . 2089
3. Gestaltungsklagen . . . 2089
4. Leistungsklagen . . . 2089
IV. Gegenstand der europarechtlichen Kartellsachen . . . 2090
1. Kartellrechtliches Klagebegehren . . . 2090
2. Vorgreifliche Kartellfragen . . . 2094

B. Verhältnis zwischen nationalem und europäischem Recht . . . 2094
I. Vorrang des europäischen Rechts . . . 2094
1. Zwischenstaatliche Auswirkungen . . . 2094
2. Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung . . . 2097
II. Kein Vorrang . . . 2098
1. Fehlende zwischenstaatliche Auswirkungen . . . 2098
2. Einseitiges wettbewerbswidriges Verhalten . . . 2098

C. Bedeutung der Entscheidungen der Kommission für den nationalen Zivilprozess . . . 2099
I. Konkurrierende Zuständigkeit nach der VO Nr. 1/2003 . . . 2099
1. Gesetzliche Grundlage . . . 2099
2. Wirksamkeit der VO Nr. 1/2003 . . . 2099
II. Einheitliche Anwendung der Wettbewerbsregeln . . . 2101
III. Entscheidungen der Kommission . . . 2102
1. Freistellungen . . . 2102

Originaldokument Verlage C.H.Beck

2. Verpflichtungszusagen . . . 2104
3. Feststellung der Nichtanwendbarkeit . . . 2105
4. Feststellung und Abstellung von Zuwiderhandlungen . . . 2106
IV. Aussetzungsentscheidung . . . 2107
1. Keine Aussetzung . . . 2107
2. Ermessensentscheidung nach § 148 ZPO . . . 2108
V. Vorabentscheidungsverfahren . . . 2108

§ 63 Vorlage nach Art. 234 EG . . . 2109

A. Zusammenarbeit zwischen nationalen Gerichten und EuGH . . . 2110
I. Bedeutung des Vorlageverfahrens . . . 2110
1. Gemeinschaftsrecht . . . 2110
2. Kartellrecht . . . 2111
II. Gegenstand des Vorabentscheidungsverfahrens . . . 2111
III. Auslegung durch den EuGH . . . 2113
1. Klassische Auslegungsmethoden . . . 2113
2. Zielgerichtete Auslegung . . . 2113
3. Rechtsfortbildung . . . 2113
IV. Abgrenzung der Aufgaben zwischen den nationalen Gerichten und dem EuGH . . . 2114
1. Nationale Gerichte . . . 2114
2. Kompetenz der nationalen Gerichte . . . 2115
3. Kompetenz des EuGH . . . 2116

B. Das Vorlageverfahren . . . 2117
I. Zwischenverfahren in einem nationalen Rechtsstreit . . . 2117
II. Vorlageberechtigung . . . 2117
1. Unmittelbar geltendes Gemeinschaftsrecht . . . 2118
2. Vorrang gegenüber nationalen zivilprozessualen Vorschriften . . . 2118
III. Vorlageverpflichtung . . . 2119
1. Begriff des letztinstanzlichen Gerichts . . . 2119
2. Kriterium für die Vorlageverpflichtung . . . 2120
3. Entfallen der Vorlageverpflichtung . . . 2120
IV. Rechtsfolgen der Verletzung einer Vorlageverpflichtung . . . 2120
1. Rechtsmittel . . . 2120
2. Schadensersatz . . . 2121
V. Die Vorlageentscheidung . . . 2121
1. Form . . . 2121
2. Rechtsmittel . . . 2121
VI. Die Stellung der Parteien . . . 2121
1. Keine Initiativrechte . . . 2121
2. Vertretung . . . 2121
3. Kosten . . . 2122

C. Die Vorabentscheidung des EuGH . . . 2122
I. Inhalt . . . 2122
II. Bindungswirkung . . . 2122
1. Umfang . . . 2122
2. Präjudizwirkung . . . 2123
3. Keine Selbstbindung . . . 2123

Originaldokument Verlage C.H.Beck/Vahlen